

BILDUNG REAL

Das Magazin des Verbandes Deutscher Realschullehrer und der Lehrkräfte an Schulen im Sekundarbereich

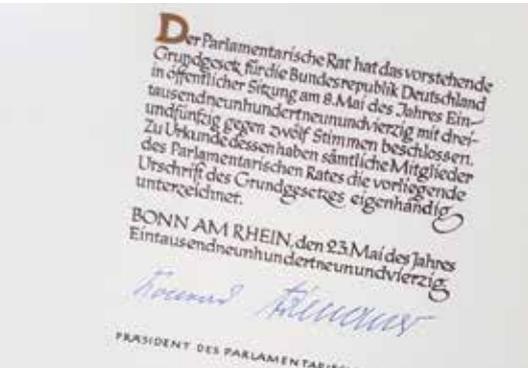


6 | **DEMOKRATIE**
75 Jahre Grundgesetz und
Werteerziehung an der Schule

17 | **LEHRKRÄFTEMANGEL**
Was Länder gegen die Misere
unternehmen

24 | **SENIORENTAGUNG**
Regel und intensiver Austausch
mit Tiefgang

INHALT



6 Unser Grundgesetz wurde 75 Jahre



13 Verabschiedung von Jürgen Böhm



22 Sommerfest der dbb jugend

EDITORIAL	4
EINBLICKE UND AUSBLICKE	5
75 JAHRE GRUNDGESETZ	
Ein Fundament der deutschen Demokratie	6
VDR-Positionspapier: Demokratie braucht Bildung	7
Juniorwahl 2024 – Die Europawahl im Unterricht	10
3 Fragen an Prof. Dr. Ulrich Bartosch	12
BUNDESVORSTANDSSITZUNG FAND IN SACHSEN-ANHALT STATT	
Staatssekretär Jürgen Böhm heißt VDR in Magdeburg willkommen	13
QUALITATIV HOCHWERTIGE LEHRKRÄFTEBILDUNG IN ZEITEN DES LEHRKRÄFTEMANGELS	
Positionspapier des dbb beamtenbund und tarifunion	14
LEHRKRÄFTE GESUCHT! ... UND DOCH NICHT GEFUNDEN?	
Welche Initiativen die Länder gegen den Fachkräftemangel unternehmen	17
PARLAMENTARISCHES SOMMERFEST	
... der dbb jugend in Berlin	22
VDR SENIORINNEN UND SENIOREN	
Aktuelle Themen bestimmen die Frühjahrstagung der VDR Seniorenvertretung	24
Resolution	27
AUS DEN LÄNDERN	
<i>Baden-Württemberg:</i> Baden-Württemberg braucht eine starke Realschule und kein zweigliedriges Schulsystem durch die Hintertür	29
<i>Bayern:</i> Wertebotschafter – eine Aufgabe für die Gemeinschaft	30
<i>Bayern:</i> Ein Aussteiger berichtet: Ex-Nazi Philip Schlaffer gibt an Realschulen in Bayern Einblicke ins Rocker- und Neonazi-Milieu	32
<i>Hessen:</i> „Demokratie“ – Statements zum 75. Jubiläum des Grundgesetzes	33
<i>Hessen:</i> Hessen wählte neue Personalratsgremien	33

INHALT

Nordrhein-Westfalen: Wahlkampf-Endspurt	34
Rheinland-Pfalz: 75 Jahre Grundgesetz – „Schule muss Demokratie leben“	35
Saarland: VRB zur Polizeistatistik 2022 Gewalt gegen Lehrkräfte im Saarland	36
Sachsen: Oberschullehrertag 2024 – Was Lehrern ihre Kraft raubt und wie sie ihre Lehrkraft wiedergewinnen	37
VDR-LÄNDERSPIEGEL	39
TIPPS, TERMINE, TAGUNGEN	40
VORSCHAU AUF DAS NÄCHSTE HEFT	42
IMPRESSUM	43



40 Erasmus verbindet

Anzeige

ÖFFENTLICHER DIENST
**IHR SORGT FÜR
BILDUNG**
**WIR BILDEN EURE
ABSICHERUNG**

[f](#) [i](#) [t](#) [v](#) [x](#) [in](#) [p](#)

Ihr für uns. Wir für Euch.
Das **Füreinander** zählt.

DebeKa
Versichern und Bausparen



Waltraud Eder,
Chefredakteurin „Bildung Real“



Demokratie- und Werteeerziehung an Schulen in Krisenzeiten besonders wichtig

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Leserinnen und Leser,

inmitten turbulenter Zeiten richtet sich mit dieser Ausgabe der BILDUNG REAL unser Blick auf eines der zentralen Elemente unserer Gesellschaft: die Demokratie. Die Europawahl bot uns allen die Möglichkeit, unsere Stimme zu erheben und an der Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft teilzunehmen. Doch diese Wahl war mehr als nur ein Kreuz auf einem Stimmzettel; sie war ein Ausdruck unserer Bürgerpflicht und eine Chance, das Fundament unserer demokratischen Werte zu stärken. Und so gingen tatsächlich mehr Menschen zur Wahl, um ein Zeichen zu setzen. Die EVP blieb die stärkste Partei, wobei es ganz klar einen Ruck bei den Rechts- und Linkspopulisten gab. Interessant ist, dass in Deutschland besonders Menschen aus wirtschaftlich schwierigeren Verhältnissen die Extremen gewählt haben. Weitere Analysen finden Sie unter dem QR-Code.

In diesem Rahmen feiern wir den 75. Geburtstag unseres Grundgesetzes. Unser Grundgesetz ist das Fundament unserer Demokratie und garantiert uns seit Jahrzehnten Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Wir reflektieren über die Bedeutung dieser historischen Errungenschaft und darüber, wie wir diese Werte auch in den kommenden Generationen lebendig halten können.

In Krisenzeiten, wie wir sie jetzt im Nahen Osten, aber auch in Europa erleben, wird der Missbrauch von Demokratie und der Umgang mit Macht besonders deutlich. Machthaber neigen dazu, Intrigen zu spinnen, andere kleinzumachen und Druck auszuüben, um ihre eigenen, oft egoistischen Ziele zu erreichen. In solchen Zeiten dienen Wahlen in autoritären Systemen häufig als pseudo-demokratisches Instrument, das von den Mächtigen gezielt genutzt wird, um ihre Position zu festigen und Legitimität vorzutäuschen. Dieses Verhalten gefährdet das Vertrauen der Bürger in die Demokratie und untergräbt die fundamentalen Prinzipien, auf denen unsere Gesellschaft aufgebaut ist.

Daher ist es umso wichtiger, dass wir der Werteeerziehung und Demokratiebildung an unseren Schulen höchste Priorität einräumen. Die heranwachsende Generation muss die Bedeutung von Freiheit, Gerechtigkeit und Mitbestimmung verstehen und verinnerlichen. Sie muss lernen, kritisch zu denken, sich zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen. Nur so können wir sicherstellen, dass unsere Demokratie auch in schwierigen Zeiten standhaft bleibt und dass die Stimme jedes Einzelnen Gehör findet.

In dieser Ausgabe der Bildung Real widmen wir uns intensiv diesen Themen. Wir beleuchten die Möglichkeiten der Umsetzung von Demokratiebildung und -erziehung an unseren Schulen und setzen uns mit den Herausforderungen und Chancen auseinander, die die Demokratie in der heutigen Zeit bietet.

Gleichzeitig dürfen wir nicht die weiteren Herausforderungen in unserem eigenen Land und Bildungssystem aus den Augen verlieren. Der Lehrkräftemangel an deutschen Schulen ist ein dringendes Thema, das wir in dieser Ausgabe ausführlich behandeln. Wir beschäftigen uns mit dem Lehrermangel und den Initiativen, Kampagnen und Lösungsansätzen der einzelnen Bundesländer, um die Bildungsqualität langfristig zu sichern. Hier ist eine exklusive Zusammenschau entstanden, die sehr aufschlussreich und aufklärend ist.

Zudem war unsere VDR Jugend auf Bundesmission und hat uns hervorragend vertreten. Und die Senioren haben sich in ihrer Tagung aktuellen Themen gewidmet und Grundsätze für eine Zeit im Ruhestand in einer Resolution zusammengefasst. Dieser Einsatz für uns alle ist aller Ehren wert.

Und wie immer gilt: Zusammenhalt und gegenseitige Unterstützung sind die Grundpfeiler unseres Zusammenlebens.

Ihre Waltraud Eder,
Chefredakteurin

EINBLICKE UND AUSBLICHE

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

während diese Zeilen geschrieben werden, läuft bereits die Fußball-Europameisterschaft. Ob es ein neues Sommermärchen für Deutschland und unsere Mannschaft wird, bleibt abzuwarten. Die ersten beiden Spiele lassen jedoch auf ein erfolgreiches Turnier hoffen.

Die EM zeigt wie Europa sein sollte: Bunt, tolerant und weltoffen. Gemeinsam feiern Fans aus vielen Ländern des Kontinents miteinander und leben damit das europäische Motto „In Vielfalt geeint“. Doch die Ergebnisse der Europawahlen zeichnen auch ein anderes Bild. Eine detaillierte Analyse würde an dieser Stelle zu weit führen. Insgesamt lässt sich aber sagen, dass im Parlament die Fraktionen rechts der Mitte gestärkt wurden. Mit Sorge muss man das Erstarken von europäischen Rechtsaußenparteien konstatieren, die die EU als „gescheitertes Projekt“ sehen und sich für eine mehr oder weniger vollständige Souveränität der Nationalstaaten einsetzen. Der Brexit macht sichtbar, dass eine nationale Zielrichtung weder mehr wirtschaftliche Stärke bringen wird noch gesellschaftliche Umbrüche aufhalten kann. Umso wichtiger ist es aus meiner Sicht, dass wir die Europäische Union mit Fakten und Emotionen in den Debatten verteidigen: Der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital sind Errungenschaften, die unseren Kontinent stark gemacht haben.

Auch unsere Demokratie in Deutschland lebt davon, dass sie von den Bürgerinnen und Bürgern getragen, verteidigt und geliebt wird. Im Bundesvorstand des VDR haben wir uns daher anlässlich des 75. Geburtstag des Grundgesetzes intensiv mit der Demokratiebildung auseinandergesetzt und vier Punkte zur Wahrung und Stärkung von Demokratie und Zusammenhalt in der Schule beschlossen. Das Positionspapier mit dem Titel „Demokratie braucht Bildung“ können Sie in dieser Ausgabe nachlesen.

Neben den Europawahlen fanden vor kurzem auch Wahlen innerhalb des dbb und des Didacta Verbands statt.



Ralf Neugschwender,
Bundesvorsitzender

Die dbb-Bundesleitung ist nun wieder komplett. Als Mitglied im Bundeshauptvorstand des dbb war ich am 6. Juni bei den Nachwahlen in Berlin und kann berichten, dass Waldemar Dombrowski zum neuen Fachvorstand Beamtenpolitik gewählt wurde. Dombrowski ist seit 2002 Bundesvorsitzender der VBBA Gewerkschaft Arbeit und Soziales und Vorsitzender der Geschäftsführung in der Agentur für Arbeit Bad Hersfeld/Fulda. Die Nachwahl war notwendig geworden, weil Friedhelm Schäfer, der bisher dieses Amt inne hatte, Ende 2023 aus gesundheitlichen Gründen seinen Posten niedergelegt hatte.

Bei der Mitgliederversammlung des Didacta Verbands in Dresden wurde ein neuer Vorstand gewählt. Dabei wurden fünf Vorstandsposten gewählt. Als Vizepräsident Finanzen wurde Wilmar Diepgrond bestätigt, weiterhin im Vorstand ist Julia Knopf. Neu gewählt wurden Milena Pflügl, Stefan Spieker und Caro Aschemeier. Mit dem Rückenwind einer einstimmigen Nominierung durch den Bundesvorstand des VDR hatte ich ebenfalls kandidiert, um die Stimme der Lehrkräfte im Vorstand einzubringen. Wie Sie erschließen können, hat es nicht ganz gereicht. Selbstverständlich werde ich mich aber mit weiteren Mitstreitern aus unseren Reihen weiterhin in die Ausschussarbeit des Didacta Verbands einbringen, um die konkreten Erwartungen, die Sie in ihrem täglichen beruflichen Alltag haben, direkt an die Bildungswirtschaft zu tragen.

Liebe Leserinnen und Leser, ob uns nun ein Sommermärchen erwartet oder nicht: Es kann in jedem Fall nur kurzfristig davon ablenken, dass wir im Schulsystem kaum über märchenhafte Entwicklungen sprechen können. In vielen Bundesländern ist das zweigliedrige Schulsystem vielfach und unabhängig der Farben der Partei das Allheilmittel, um den Schülerinnen und Schülern vordergründig den Zugang zu allen Abschlüssen zu gewährleisten. Aktuelles Beispiel: Baden-Württemberg. Während man beim Übertritt ans Gymnasium zur verbindlichen Grundschulempfehlung zurückkehrt, bleibt die Realschule außen vor. Man muss nicht viel Phantasie entwickeln, um zu ahnen, dass der Weg hin zur Verschmelzung der Realschule mit der Werkrealschule, der früheren Hauptschule, gehen soll. Gemeinsam mit der Vorsitzenden des Realschullehrerverbands Baden-Württemberg, Dr. Karin Broszat, haben wir viele Maßnahmen der Landesregierung in einem offenen Brief kritisiert und werden auch noch mit einer gemeinsamen Pressekonferenz nachlegen. Ziel ist es, die Eigenständigkeit der Realschule zu bewahren.

Starke Landesverbände prägen den Bundesverband. Gerne steht der VDR zur Seite, wenn es um unsere gemeinsame bildungspolitische Überzeugung von einem leistungs- und begabungsorientierten, differenzierten und vielfältigen Bildungswesen geht. Klar ist, dass wir einen langem Atem brauchen und stets darauf hinweisen müssen, dass Veränderungen in der Schulstruktur immer mit erheblichem Aufwand verbunden sind und vor allem Ressourcen binden, die dann nicht mehr für die Weiterentwicklung von Unterrichtsqualität zur Verfügung stehen.

Abschließend: Mit Blick auf den VDR und gleichzeitig unsere Erfolgsaussichten bei der EM möchte ich mit einem Zitat der amerikanischen Basketball-Legende Michael Jordan enden: „Talent gewinnt Spiele, aber Teamwork und Intelligenz gewinnt Meisterschaften.“

Ihr Ralf Neugschwender,
Bundesvorsitzender

75 Jahre Grundgesetz: EIN FUNDAMENT DER DEUTSCHEN DEMOKRATIE



„Grundgesetz 49“ – Kunstwerk des israelischen Künstlers Dani Karavan an der Spreepromenade. In Glasscheiben sind die 19 Grundrechtsartikel des Grundgesetzes mit Laser eingraviert.

Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verkündet und trat damit in Kraft. In diesem Jahr feiern wir das 75-jährige Bestehen dieses Dokuments, das nicht nur den Rahmen für die staatliche Ordnung Deutschlands bildet, sondern auch die Werte und Prinzipien festlegt, die das Leben in der Bundesrepublik bestimmen. Dieser Meilenstein bietet Gelegenheit, sowohl auf die geschichtlichen Ursprünge als auch auf die inhaltlichen Aspekte des Grundgesetzes zurückzublicken und seine Bedeutung für die Demokratie und die Bildung hervorzuheben.

Geschichtliche Wurzeln des Grundgesetzes

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs stand Deutschland vor der Aufgabe, einen demokratischen Staat zu errichten, der sich von den totalitären Strukturen des Dritten Reiches deutlich unterscheiden sollte. In den westlichen Besatzungszonen wurde 1948 ein Parlamentarischer Rat einberufen, der den Auftrag erhielt, eine neue Verfassung auszuarbeiten. Der Vorsitzende des Rates, Konrad Adenauer, und die Mitglieder erarbeiteten unter dem Einfluss der westlichen Alliierten das Grundgesetz, das als Provisorium gedacht war, bis eine gesamtdeutsche

Verfassung in Kraft treten würde. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands 1990 behielt das Grundgesetz jedoch seine Gültigkeit und erfuhr lediglich einige Anpassungen. Durch die Anerkennung in der Gesellschaft kann man daher auch durchaus von einer Verfassung sprechen, obwohl die Voraussetzungen dafür streng genommen nach wie vor nicht erfüllt sind.

Inhaltliche Eckpfeiler des Grundgesetzes

Das Grundgesetz umfasst die Grundrechte, die Staatsorganisation und die Prinzipien des demokratischen Rechtsstaats.

Artikel 1

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Mit dieser feierlichen Erklärung beginnt der erste Artikel des Grundgesetzes. Die Grundrechte sind in Art. 1 bis 19 an die Spitze des Grundgesetzes gestellt worden. Die Verfassungsgeber hatten aus der Geschichte der Weimarer Verfassung und des Nationalsozialismus gelernt und maßten den Grundrechten einen besonders hohen Rang bei. Auch die Weimarer Republik enthielt bereits einen Katalog von Grundrechten, doch sie waren nicht einklagbar, und sie konnten durch Notverordnungen außer Kraft gesetzt werden. Eine Notverordnung, die Verordnung des Reichspräsidenten „zum Schutz von Volk und Staat“, leitete die nationalsozialistische Willkürherrschaft ein, und die Entwürdigung des Menschen begann.

Mit dem heutigen Grundgesetz sichern die ersten 19 Artikel, die Grundrechte, die Freiheit und die Rechte der Bürgerinnen und Bürger und von Menschen allgemein, darunter die Meinungsfreiheit, die Religionsfreiheit und das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz. Diese Rechte, Freiheits-, Gleichheits- und Unverletzlichkeitsrechte, bilden die Basis für ein Leben in Würde und Freiheit und stellen sicher, dass der Staat die individuellen Freiheiten respektiert und schützt.

Die Staatsorganisation wird durch die Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Judikative geprägt und wird im Artikel 20, der auch „Kleine Verfassung“ genannt wird, geregelt. Diese Aufteilung soll Machtkonzentrationen verhindern und ein System der Checks and Balances schaffen, das →

DEMOKRATIE BRAUCHT BILDUNG

Vier Punkte für Demokratie und Zusammenhalt in der Schule

„Die Unantastbarkeit der Menschenwürde und das Demokratieprinzip sind durch die Verfassung selbst jeder Abschaffung entzogen. Recht und Gesetz sind in Kraft. Aber politisch müssen wir uns immer im Klaren sein: Unsere Verfassung verliert ihre Gültigkeit an dem Tag, an dem sie uns gleichgültig wird. Wir Bürgerinnen und Bürger leben und schützen, verwirklichen und entfalten sie. Wenn wir das tun, bleibt unsere Verfassung spürbar und stark, und unsere Demokratie wird leben.“¹

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

In den letzten Monaten haben tausende Menschen in vielen Städten Deutschlands ein deutlich sichtbares Zeichen gegen Extremismus, Ausgrenzung, Hass und Hetze gesetzt und sich für die Werte unserer Demokratie stark gemacht. Es ist gut und an der Zeit, dass sich auch die Zivilgesellschaft laut und deutlich zu Wort gemeldet hat und weiter zu Wort meldet. Das macht uns Mut, gerade in dem Jahr, in dem wir den 75. Geburtstag unseres Grundgesetzes feiern. Die dort zugrunde gelegten Werte und Menschenrechte sind zwingend darauf angewiesen, dass sie von den Bürgerinnen und Bürgern getragen, verteidigt und gelebt werden. Sie müssen aber auch an jede nachfolgende Generation neu vermittelt werden.

Die Demokratie als Basis unseres Zusammenlebens ist nicht mehr selbstverständlich. Der Bildung kommt daher eine ganz entscheidende Rolle zu. Wir Lehrkräfte sind dem Staat und unserer Verfassung in besonderer Weise verpflichtet und stehen tagtäglich für die Werte unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ein. Wir sind es, die den Schülerinnen und Schülern Orientierung geben und entschieden gegen antidemokratische und menschenfeindliche Haltungen und Entwicklungen eintreten.

1. Der VDR steht unmissverständlich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. In der uns durch das Grundgesetz und das Beamtenrecht übertragenen Verantwortung für die Gesellschaft sind wir als systemrelevante Berufsgruppe in besonderem Maße unserer Gesellschaft verpflichtet. Diese Verantwortung nehmen wir wahr und positionieren uns gegen Hass, Intoleranz, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Unsere Schulen stehen für Vielfalt, Pluralismus, Solidarität und ein respektvolles Miteinander.
2. Demokratiebildung ist für Schülerinnen und Schüler insbesondere infolge der ernststen innen- und außenpolitischen Bedrohungslage in Europa und im Nahen Osten wichtiger denn je geworden. Wir

brauchen daher verstärkt Programme gegen den Antisemitismus und jedwede Form von Extremismus sowie die Stärkung der politischen Bildung in allen Bundesländern. Wir dürfen nicht wegschauen, wenn es darum geht, Haltung zu zeigen. Wir alle müssen Stellung beziehen. Schule hat den Auftrag, junge Menschen in ihrem Engagement für den demokratischen Rechtsstaat und ihr entschiedenes Eintreten gegen antidemokratische und menschenfeindliche Haltungen und Entwicklungen zu stärken. Unsere Lehrkräfte müssen von den politischen Entscheidungsträgern in den Bundesländern die volle Rückendeckung bei Gewalt und Hass im Klassenzimmer besitzen. Es gilt Unterstützungsangebote für Lehrkräfte weiter auszubauen.

3. Der VDR fordert, direkte Erfahrungen zu stärken: Es gibt zahlreiche Gelegenheiten und Orte, das Grundgesetz und die darin enthaltenen Bürger- und Menschenrechte, aber auch deren Verletzungen, sichtbar werden zu lassen: im Schulalltag, bei Besuchen von Gedenkstätten oder Museen, durch Einbeziehung von Abgeordneten oder Zeitzeugen im Unterricht – und auf Klassenfahrten mit geschichtlichen und politischen Spuren und Schauplätzen.
4. Wenn es darum geht, unseren Bildungs- und Erziehungsauftrag für die Demokratie erfolgreich und nachhaltig umzusetzen und gleichzeitig die Qualität unserer Schulen, des Unterrichts oder der Abschlüsse auch in Zukunft zu gewährleisten, braucht es wissenschaftliche Grundlagen, Transparenz im System sowie attraktive Arbeitsbedingungen mit einer angemessenen Personal- und Sachausstattung an der Schule vor Ort.

¹ 75 Jahre Verfassungskonvent: Eine Demokratie muss wehrhaft sein. Ein Gastbeitrag von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in der Onlineausgabe: Der SPIEGEL, <https://www.spiegel.de/pok/deutschland/frank-walter-steinmeier-zumgrundgesetz-eine-demokratie-muss-wehrhaft-sein-a-150210d2-d9a4-483c-bcc0-a00a3a39254b> (Download vom 15.04.2024)

für Stabilität und Gerechtigkeit sorgt. Das Grundgesetz schreibt zudem die föderale Struktur Deutschlands fest, wodurch die Bundesländer eine eigenständige Rolle in der politischen Ordnung einnehmen. Außerdem ist hier verankert, dass Deutschland ein Rechts- und Sozialstaat ist.

Bildung als Säule der Demokratie

Eine der zentralen Erkenntnisse aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts ist die Bedeutung der Bildung für die Demokratie. Demokratische Bildung ist unerlässlich, um mündige Bürgerinnen und Bürger hervorzubringen, die ihre Rechte und Pflichten kennen und aktiv am politischen Leben teilnehmen. In einer Demokratie müssen Menschen fähig sein, kritisch zu denken, Informationen zu bewerten und Entscheidungen auf der Basis fundierter Kenntnisse zu treffen.

Deshalb ist die Werte- und Demokratieverzierung in Schulen von besonderer Bedeutung. Die Schulen sind Orte,

an denen junge Menschen nicht nur Wissen erwerben, sondern auch lernen, wie sie als Teil der Gesellschaft Verantwortung übernehmen können. Werte wie Respekt, Toleranz, Gerechtigkeit und Solidarität müssen von Anfang an vermittelt werden, um die Grundlage für ein harmonisches und funktionierendes Gemeinwesen zu legen. Das unterscheidet Bildung von Wissen.

Die Zukunft des Grundgesetzes und der demokratischen Bildung

Das Grundgesetz hat sich über die Jahrzehnte als robust und anpassungsfähig erwiesen. Es hat nicht nur die Herausforderungen der Nachkriegszeit und der Wiedervereinigung gemeistert, sondern sich auch in einer globalisierten und digitalen Welt bewährt. Dennoch ist es wichtig, dass wir uns kontinuierlich mit den Inhalten des Grundgesetzes auseinandersetzen und die Prinzipien der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit aktiv leben und verteidigen.

Demokratie braucht Bildung

75 Jahre Grundgesetz – VDR fordert Stärkung der demokratischen Werte an Schulen

„Das Grundgesetz ist der Anker der politischen Ordnung in Deutschland. Die darin zugrunde gelegten Grundwerte sind aber nicht selbsterfüllend. Sie erfordern zwingend, dass sie von den Bürgerinnen und Bürgern getragen, verteidigt und gelebt werden. Sie müssen aber auch an jede nachfolgende Generation neu vermittelt werden“, betont Ralf Neugschwender, Vorsitzender des Verbands Deutscher Realschullehrer (VDR). Daher hat sich der Bundesvorstand des VDR bei seiner Vorstandssitzung im April intensiv mit der Demokratiebildung an Schulen befasst und ein Positionspapier dazu beschlossen.

Unter dem Titel „Demokratie braucht Bildung“ formuliert das Papier vier Punkte zur Wahrung und Stärkung von Demokratie und Zusammenhalt in der Schule. An erster Stelle steht ein klares Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, verbunden mit einer deutlichen Positionierung gegen Hass, Intoleranz, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit.

„Unsere Schulen stehen für Vielfalt, Pluralismus, Solidarität und ein respektvolles Miteinander“, heißt es weiter. Im Folgenden unterstreicht das

Positionspapier die Bedeutung der Demokratiebildung in den Schulen und eine unmissverständliche Haltung gegen antidemokratische Tendenzen in Politik und Gesellschaft. Zur Sicherung des schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrags für die Demokratie fordert der VDR darüber hinaus fundierte wissenschaftliche Grundlagen, Transparenz im System sowie attraktive Arbeitsbedingungen mit einer angemessenen Personal- und Sachausstattung.

„An den Schulen muss politische Bildung einen festen Platz haben und gelebt werden. Die Lehrkräfte und Verantwortlichen müssen die jungen Menschen auf ihrem Weg zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern bestmöglich unterstützen und sie darauf vorbereiten, die demokratischen Werte zu kennen, zu leben und für sie einzustehen“, fordert der Vorsitzende abschließend.

VDR-Pressemitteilung
03/2024 vom 22. Mai 2024



Das Grundgesetz als
Download



In der Bildungspolitik muss daher verstärkt darauf geachtet werden, dass Demokratiebildung einen festen Platz im Lehrplan hat. Projekte, die politische Bildung fördern, sollten unterstützt und ausgebaut werden. Schülerinnen und Schüler sollten frühzeitig ermutigt werden, sich in politischen Prozessen zu engagieren und ihre Meinungen zu äußern. Nur so kann gewährleistet werden, dass die kommenden Generationen die Werte des Grundgesetzes nicht nur kennen, sondern auch in ihrem täglichen Leben umsetzen.

Was wir daraus lernen

75 Jahre nach seiner Verkündung ist das Grundgesetz mehr als nur ein juristisches Dokument. Es ist das Fundament der deutschen Demokratie und das Leitbild für ein Leben in Freiheit und Würde. Die Geschichte hat gezeigt, dass Bildung eine Schlüsselrolle für die Bewahrung und Weiterentwicklung der Demokratie spielt. Deshalb muss die Werte- und Demokratieverzierung in Schulen einen festen Platz haben, um eine engagierte und verantwortungsbewusste Bürgerschaft zu fördern, die die demokratischen Prinzipien nicht nur versteht, sondern auch aktiv lebt. ■

Zusammengestellt von Waltraud Eder



**Am 16.08.2024
erscheint unser neuer
Hauptkatalog!**

*Jetzt kostenlos
vorbestellen.*



Unseren Bestandskunden
wird der neue Hauptkatalog
automatisch zugeschickt.

- Neue Themenwelten
MINT und Vorschulerziehung
- Zuschnittservice mit Onlinekalkulator
ohne Mindestbestellwert
- Zusätzlicher Quickfinder im Katalog



Weitere Inspirationen
finden Sie hier:



JUNIORWAHL 2024: Die Europawahl im Unterricht

Bei der Juniorwahl geht es um das Üben und Erleben von Demokratie. Zunächst steht das Thema „Demokratie und Wahlen“ auf dem Stundenplan – abschließend geht es dann an die Wahlurne. Das Ergebnis wurde am Wahlsonntag, dem 9. Juni 2024, bekannt gegeben. Die Juniorwahl ist ein Angebot zur politischen Bildung und für die teilnehmenden Schulen kostenlos und freiwillig. Weitere Informationen zum Projekt gibt es unter: www.juniorwahl.de



Die Juniorwahl ist ein handlungsorientiertes Konzept zur politischen Bildung an weiterführenden Schulen und möchte das Erleben und Erlernen von Demokratie ermöglichen. Im Rahmen von Landtags-, Bundestags- und Europawahlen werden Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler von uns dabei unterstützt, eine realitätsgetreue Wahlsimulation an ihrer Schule zu organisieren und durchzuführen. Wir stellen didaktisches Unterrichtsmaterial zur Vorbereitung der Wahl sowie alle Wahlunterlagen und -materialien zur Verfügung, die für die Juniorwahl nötig sind.

Die Juniorwahl ist in ein didaktisches Konzept gefasst, das auf zwei Säulen basiert: Die erste Säule umfasst die intensive unterrichtliche Vorbereitung, die die Lehrkräfte selbst in ihren Klassen durchführen. Wir stellen ihnen dafür Unterrichtsbücher und Arbeitsblätter bereit, die speziell von pädagogischen Fachkräften erarbeitet wurden. Inhaltlich behandeln sie Themen wie die Demokratie als Staatsform, den Ablauf und die Funktion von Wahlen oder das deutsche Parteiensystem.

Die zweite Säule und Höhepunkt unseres Projektes stellt der Wahlakt dar. Organisiert wird er mit Unterstützung der Lehrkräfte von den Schülerinnen und Schülern selbst, denn sie bilden einen Wahlvorstand, führen ein Wählerverzeichnis und erhalten Wahlbenachrichtigungen und Wahlkabinen und -urnen. Ihre Stimme können sie dann bei einer klassischen, realitätsgetreuen Wahl abgeben. Zur Wahl stehen diejenigen Politikerinnen und Politiker, die im Wahlkreis der Schule auch öffentlich kandidieren.

Anstehende Wahlen in Deutschland werden von vielen engagierten Lehrkräften zum Anlass genommen, die politische Bildung der Jugendlichen auch außerhalb der Rahmenlehrpläne zu fördern. Das Besondere an der Juniorwahl ist aber der bundes- bzw. landesweite und schulübergreifende Charakter, ebenso wie das umfangreiche spezielle didaktische Angebot und die professionellen Materialien für den Wahlakt. Unsere Erfahrungen haben gezeigt, dass auf diese Weise eine ernsthafte Atmosphäre entsteht, die die Jugendlichen ermuntert, ihre Meinung einer breiten Öffentlichkeit kundzutun, die ihren Interessen auch Gehör schenkt.

Juniorwahl



ZIEL DER JUNIORWAHL IST ES, ...

- das Interesse der Jugendlichen an Politik zu fördern,
- Begeisterung für politische Teilhabe und gesellschaftliches Engagement zu wecken,
- Meinungsbildungsprozesse zu fördern und das Urteilsvermögen zu stärken
- sowie Wertschätzung des demokratischen Systems zu vermitteln.

DATEN UND FAKTEN

- 5.598 Schulen sind bei der Europawahl 2024 dabei! (Stand: 22.05.2024)
- Anlass: Schulprojekt zur politischen Bildung anlässlich der Europawahl am 9. Juni 2024
- Idee: Unterrichtliche Vorbereitung mit abschließendem Wahlakt in der Woche vor der Europawahl
- Ausdehnung: Bundesweit in allen 16 Ländern
- Schularten: Alle Schularten der Sekundarstufen I und II und Berufsschulen
- Jahrgangsstufen: Jahrgangsstufe 7 bis 13; Schwerpunkt 9./10. Jahrgangsstufe
- Teilnahme: Ab einer Schulklasse bis hin zur ganzen Schule
- Fortbildungsangebot: Digitales Fortbildungsseminar (jederzeit abrufbar)
- Fächer: In Leitfächern der politischen Bildung sowie auch fächerübergreifend einsetzbar
- Erfahrungen: Seit 1999 wird die Juniorwahl bundesweit durchgeführt; seither beteiligten sich mehr als 5,8 Millionen Jugendliche



LEITSÄTZE

Wir möchten mit der Juniorwahl das Interesse der Jugendlichen für Politik wecken und Freude an politischer Beteiligung vermitteln. Die Grundvoraussetzung dafür ist ein generelles Verständnis unseres politischen Systems, was wir durch das didaktische Begleitmaterial für den vorbereitenden Unterricht unterstützen. Außerdem soll damit die Wichtigkeit fundierter Meinungsbildungsprozesse vermittelt werden, an deren Ende ein begründetes politisches Urteil der Jugendlichen steht.

Politische Bildung ist heute wichtiger denn je. Demokratiefeindliche Tendenzen, politische Gleichgültigkeit, das Misstrauen gegenüber politischen Akteuren und die fehlende Bereitschaft, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, stellen Herausforderungen für parlamentarische Demokratien dar.

In einer Zeit, in der die über 70-jährigen die größte Gruppe der Wahlberechtigten zu Bundestagswahlen stellen und die Parteien Schwierigkeiten bei der Mobilisierung von Nachwuchs haben, ist es besonders wichtig, Jugendliche für politische Themen zu begeistern, ihnen Gehör zu verschaffen und sie in ihren Belangen ernstzunehmen.

Die Juniorwahl möchte daher einen wichtigen Beitrag für die Einbindung junger Menschen in politische Prozesse leisten und damit langfristig eine Stärkung der Demokratie bewirken.

Beteiligung Je früher Jugendliche an Wahlen und Politik herangeführt werden, desto wahrscheinlicher ist es auch, dass sie im späteren Leben regelmäßig wählen gehen und sich politisch beteiligen. Das Projekt „Juniorwahl“ möchte Schülerinnen und Schülern bewusst machen, welche grundlegende Bedeutung dem Bürgerrecht der allgemeinen, direkten, freien, gleichen und geheimen Wahl in der Demokratie zukommt: Die Teilnahme an Wahlen ist ein erster Schritt – aber notwendiger – Schritt zu einer umfassenderen politischen Beteiligung.

Meinung bilden In der unterrichtlichen Vorbereitung setzen sich die Schülerinnen und Schüler intensiv mit dem Thema Wahlen und unserem politischen System auseinander. Der fundierte Meinungsbildungsprozess, das Üben, Entscheidungen zu treffen und sich eine eigene Meinung zu bilden, stehen dabei im Vordergrund. Jugendliche sollen lernen, sich anhand aktueller gesellschaftlicher und politischer Fragen Informationen zu beschaffen und ihr Urteilsvermögen gestärkt werden. Die Jugendlichen

sollen mit ihren Meinungen und Interessen ernstgenommen werden. So hat der Wahlgang bei der Juniorwahl einerseits einen Übungseffekt und stärkt andererseits das Artikulieren von Meinungen.

Verantwortung übernehmen Durch die Organisation des Wahlaktes, die in der Hand der Schülerinnen und Schüler selbst liegt, können diese direkt erfahren, was es heißt Verantwortung für andere zu übernehmen. Gleichzeitig ist eine derartige Heranführung an Wahlen und somit an das Herzstück unserer Demokratie, eine einzigartige Möglichkeit, die Jugendlichen für eine langfristige politische Teilhabe zu begeistern. Die Juniorwahl verstehen wir demnach nur als ersten notwendigen Schritt für ein späteres demokratisches Engagement.

Aus organisatorischer Sicht ist ein weiteres, unmittelbares Ziel die möglichst realitätsnahe Durchführung der Wahl. Als Wahlhelferinnen und Wahlhelfer organisieren die Schülerinnen und Schüler selbst den Wahlvorgang – legen Wählerverzeichnisse an, verteilen Wahlbenachrichtigungen, bilden einen Wahlvorstand und führen eine Wahl-niederschrift. Damit möchten wir nicht nur Ernsthaftigkeit bei den Jungwählerinnen und -wähler für die Thematik wecken, sondern sie auch zur Verantwortungsübernahme und aktivem Engagement ermutigen.

1 2 3

FRAGEN AN PROF. DR. ULRICH BARTOSCH



Foto: privat

1. Sie sind Präsident der Universität Passau, haben Erziehungs- bzw. Politikwissenschaft studiert und beschäftigen sich schwerpunktmäßig mit Janusz Korczak. In diesem Rahmen sind Sie mit den vielfältigsten Themenbereichen der Politik im weitesten Sinne beschäftigt. Die Demokratie spielt dabei sicherlich in allen eine wesentliche Rolle. Welche Werte sehen Sie als besonders bedeutend für den Erhalt der Demokratie?

Wenn Sie auf meine Arbeiten zu Korczak anspielen, antworte ich gerne in dessen Geist. Dann geht es zunächst nicht darum Werte zu lehren. Zuvorderst ist ein verfassungsrechtlicher Rahmen notwendig, der die grundsätzliche Entscheidung für ein demokratisches Gemeinwesen und die Gleichheit aller Akteure festschreibt. Diese Voraussetzung enthebt Demokratie als Regierungsform und die Gleichheit der Menschen der Willkür von einzelnen, ggf. mächtigen Akteuren oder Gruppen. Weiterhin müssen praktikable Regeln und Prozesse etabliert sein, die die Beteiligung aller auch praktisch ermöglichen. Das Postulat der Partizipation alleine ist nicht ausreichend. Schließlich ist auf dieser Basis und in diesem Rahmen die gegenseitige Achtung als Zuschreibung von Würde und freier Meinungsbildung und Entscheidung zu realisieren – also sie zu leben. Sie sehen, dass natürlich Freiheit, Gleichheit und Schwesterlichkeit als Werte hervortreten. Ohne das Recht, also die Rechtsstaatlichkeit bleiben sie aber im ideellen Rahmen, der im Konfliktfall nicht ausreicht, um die gemeinsame Perspektive zu erhalten. Es ist übrigens bemerkenswert, dass Korczak dem Verzeihen eine Schlüsselfunktion für die nachhaltige Entwicklung des Gemeinwesens zuerkennt. Das könnten wir noch mehr in unseren Horizont aufnehmen.

2. Wodurch ist die Demokratie in der heutigen Zeit gefährdet?

Demokratie ist eine Regierungsform auf Abruf. Sie ist durch nichts garantiert außer durch den freien und unbedingten Willen der deutlichen Mehrheit aller Bürgerinnen und Bürger sie zu bewahren, zu pflegen und zu verteidigen. Gefährdungen gibt es viele: Die Einschränkung der vielfältigen Meinungsbildung ist eine ernste Gefahr. Die Aufhebung der Verpflichtung zu Wahrhaftigkeit. Die Verweigerung eines (selbst)kritischen Diskurses um

die besten Argumente. Die Gleichgültigkeit der Bürgerinnen und Bürger gegenüber Demokratie. Wir müssen wohl erkennen, dass diese Gefährdungen in unseren Tagen sehr real geworden sind. Social Media Bubbles, Fake News, Verschwörungstheorien, bzw. schwarz/weiß Weltbilder und immer noch zu wenig Sorge der großen Mehrheit, um den Bestand politischer Freiheit und rechtsstaatlicher Sicherheit, gehören zu unserem Alltag. Wir verhalten uns so, als ob die Demokratie als unsere normale Regierungsform natürlich gegeben wäre. Das trifft nicht zu. Unser politisches System ist eine erkämpfte Ausnahme, für die wir uns immer wieder neu entscheiden müssen.

3. Welche Möglichkeiten sehen Sie insbesondere in der Bildung, um die Werte- und Demokratieverziehung gezielt umzusetzen und zu stärken?

Als Schlüssel zur erfolgreichen Demokratie-Bildung erachte ich die Erfahrung von echter Selbstwirksamkeit. Von der Elementar- bis zur Erwachsenenbildung müssen die Einzelnen erleben können, dass ihre Stimme Gewicht hat und ihr Handeln erfolgreich sein kann. Diese Erfahrung müssen wir in großer Ernsthaftigkeit und mit absoluter Glaubwürdigkeit von der KITA über die Schule, das Berufsleben und das Studium bis in unser tägliches gesellschaftliches Zusammenleben vorsätzlich ermöglichen. Das habe ich – wenn man so sagen darf – von Janusz Korczak gelernt. Partizipation muss durch verbindliche Regeln, durch rechtliche Gleichstellung und Herstellung tatsächlicher Augenhöhe herbeigeführt werden. Kinder und Jugendliche müssen verantwortlich handeln können, weil ihnen die Verantwortung zugestanden und ermöglicht wird. Sie müssen erfahren, dass sie gebraucht werden. Wir müssen ihnen helfen, Sehnsucht nach der Wahrheit als Grundhaltung zu entwickeln, die sie mit kritischem Denken entwickeln können. Sie müssen sich eine eigene, unabhängige Meinung bilden wollen und dürfen nicht zufrieden sein, als Follower von Influencern ihre Persönlichkeit nachzubilden. Dazu brauchen sie eben die Erfahrung echter Selbstwirksamkeit im echten Leben.

Die Fragen stellte Waltraud Eder

Staatssekretär Jürgen Böhm heißt den VDR in Magdeburg willkommen

Bundsvorstandssitzung fand in Sachsen-Anhalt statt



Um ihn offiziell gebührend zu verabschieden, hatte der Vorstand des VDR den langjährigen Bundesvorsitzenden Jürgen Böhm im April zur Vorstandssitzung eingeladen und diese kurzerhand in die Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts und die neue Wirkungsstätte Böhms verlegt.

Mit gewissem Stolz blickte Jürgen Böhm auf seine Arbeit in den vergangenen Jahren zurück: In Thüringen geboren und aufgewachsen studierte er in Jena Geschichte und Germanistik auf Diplom und Lehramt, absolvierte das Referendariat und wurde anschließend in Bayern als Realschullehrer eingestellt. Dort wurde er 2005 Gründungsdirektor einer modernen Realschule. In die Verbandsarbeit stieg er intensiv im Jahr 2010 ein und wurde Bundesvorsitzender des VDR und 2014 Landesvorsitzender des Bayerischen Realschullehrerverbands (brlv) – beides sehr engagiert, zukunftsgerichtet, innovativ und erfolgreich. Das Amt des Staatssekretärs, in das er von Ministerpräsident Reiner Haseloff berufen wurde, führte ihn schließlich nach Sachsen-Anhalt.

Böhm betonte die geschichtliche und kulturelle Bedeutung Sachsens-Anhalts, das die meisten Weltkulturerbestätten Deutschlands zählt. Zudem gilt August Hermann Francke mit den in Halle ansässigen Franckeschen Stiftungen als Begründer der Realschulen. Bereits um 1700 favorisierte er in seinem Bildungskonzept die an den persönlichen Begabungen ausgerichtete Ausbildung und favorisierte als Lehrmethode den Anschauungsunterricht.

Böhm ging weiter auf die Schulstruktur im Land ein, das nach einer vierstufigen Grundschule eine Vielfalt an Bildungsgängen anbietet, so z.B. die Sekundarschule, die integrierte Gesamtschule (IGS), die kooperative Gesamtschule, Gemeinschaftsschule, Gymnasium, Förderschule, Berufsschule.

Auch in Sachsen-Anhalt ist der Lehrkräftemangel – trotz einer hohen Vollzeitquote – ein massives Problem, dem das Ministerium mit verschiedenen Maßnahmen entgegenwirkt. So gibt es eine erfolgreiche Kampagne „Weltenretter“ oder auch finanzielle Anreize, wenn man Lehramt studiert. Für das Land Sachsen-Anhalt sind aber auch Headhunter unterwegs, die weltweit Lehrkräfte für das Land suchen. Dabei durchlaufen diese ein Assessmentverfahren und müssen Sprachkenntnisse auf C1-Niveau vorweisen können.

Zudem gehört Sachsen-Anhalt zu den Ländern, die zunächst neben Thüringen ein duales Studium anbieten. Besonders wichtig ist dabei, dass die Studenten von Anfang an einer Schule zugeordnet sind und so mehr praktische Erfahrungen machen können, was seit Jahren von den Studierenden gewünscht und gefordert

wurde. Das letzte Semester verbringen die Lehramtsanwärter komplett an der Schule. Am Ende steht die zweite Staatsprüfung, die zentral gestellt wird.

Böhm ging auf weitere aktuelle Themen wie das Startchancenprogramm und den Digitalpakt ein. Eine Einigung zwischen Bund und Ländern besonders hinsichtlich der Finanzen dürfte nach wie vor der Haupthinderungsgrund einer baldigen Umsetzung des Digitalpakts II sein.

Beim späteren Sektempfang konnten sich die Mitglieder des Bundesvorstands von Jürgen Böhm verabschieden. Und wie es der Zufall wollte, fand am Tagungsort eine Großveranstaltung statt, und die Anwesenden erhielten die Gelegenheit ungezwungen mit den Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien und der Justizministerin ein Schwätzchen zu halten.

Waltraud Eder/Bernd Bischoff



Staatssekretär Jürgen Böhm erzählt von seinen neuen Aufgaben

QUALITATIV HOCHWERTIGE LEHRKRÄFTEBILDUNG IN ZEITEN DES LEHRKRÄFTEMANGELS



Die Qualifikation, Kompetenzen und Haltung von Lehrkräften beeinflussen den Werdegang ihrer Schülerinnen und Schüler nachhaltig. Ihr berufliches Handeln zielt auf den Wissens- und Qualifikationserwerb ab. Es wirkt sich dabei gleichermaßen auf die kognitive, sozial-emotionale und körperliche Ebene der jungen Menschen aus. Lehrkräfte leisten mit ihrer Tätigkeit einen wichtigen Beitrag für die gesellschaftliche Teilhabe ihrer Schülerinnen und Schüler und bereiten ihnen den Weg in ein selbstbestimmtes und verantwortliches Leben. Der hohen Bedeutung der Profession der Lehrkräfte und den damit einhergehenden Potenzialen für die Förderung der nachfolgenden Generationen steht der massive Lehrkräftemangel entgegen.

Für die Schülerinnen und Schüler äußert er sich in einer mangelnden Unterrichtsabdeckung, verringerten Möglichkeiten zur individuellen Betreuung und Förderung sowie Wissens- und letztlich Kompetenzdefiziten. Auch die Lehrkräfte leiden unter den Folgen des Lehrkräftemangels. Der Lehrberuf ist nachweislich durch sehr hohe Belastungen geprägt, die vielfach mit gesundheitlichen Konsequenzen einhergehen. Der Lehrkräftemangel verstärkt diese Belastung und trägt zu einer geringeren Attraktivität des Lehrberufs bei. Zudem hat der Lehrkräftemangel eine besorgniserregende Deprofessionalisierung in der Lehrkräftebildung ausgelöst, der es entgegenzuwirken gilt.

Diese Entwicklungen stehen in Wechselwirkung zueinander und sind ursächlich für eine bedenkliche Absenkung der Bildungsqualität. Dies hat verheerende individualbiografische Aus-

wirkungen und schwächt gleichermaßen die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Angesichts des massiven Lehrkräftemangels fordert der dbb beamtenbund und tarifunion entschiedene Gegenmaßnahmen, die nicht zu Lasten der Lehrkräfte sowie des nicht lehrenden Personals gehen dürfen. Er spricht sich entschlossen gegen eine Aufweichung und eine damit verbundene Qualitätsabsenkung aus und appelliert für die Qualitätssicherung und perspektivische Qualitätssteigerung in der Lehrkräftebildung für allgemeinbildende und berufsbildende Schulen. Nur so kann die Bildungsqualität langfristig gesichert und ein entscheidender Beitrag für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft geleistet werden.

In diesem Zusammenhang gilt es, die Zweiphasigkeit der Lehrkräftebildung beizubehalten und eine angemessene Dauer des Vorbereitungsdienstes zu gewährleisten. Dieser darf keinesfalls

weniger als 18 Monate dauern, 24 Monate sind wünschenswert. Grundsätzlich muss an dem Zwei-Fach-Lehramtsstudium festgehalten werden.

Die Qualität der Ausbildung ist auf der Basis einer konsequenten Verknüpfung zwischen schulischer Praxis und Wissenschaft zu sichern und perspektivisch auszubauen. Die Kohärenz, sinnvolle Arbeitsteilung und Abstimmung zwischen den einzelnen Phasen der Lehrkräftebildung sind von zentraler Bedeutung und müssen jederzeit sichergestellt werden. Dabei dürfen jedoch nicht Inhalte der einzelnen Phasen ausgetauscht oder ersetzt werden. Über die bestehenden Curricula hinausgehend, gilt es den Umgang mit aktuellen gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen im Lehramtsstudium zu verankern. Die Teilzeitmöglichkeiten sind während beider Phasen des Lehramtsstudiums auszubauen, um eine verbesserte Vereinbarkeit in verschiedenen Lebensphasen zu ermöglichen.

Die künftigen Personalplanungs- und -gewinnungsmaßnahmen müssen auf Basis einer qualitativ hochwertigen, transparenten und einheitlichen Datenlage erfolgen. Auf diesem Weg können verlässliche und bundesweit vergleichbare Prognosen sowie schulform- und fachspezifische Modellierungen erstellt werden. Ziel muss dabei stets eine Unterrichtsversorgung von weit mehr als 100 Prozent sein, nämlich 130 Prozent, um den Anforderungen des Schulalltags (Fort- und Weiterbildung, Klassenfahrten, Krankheit) gerecht zu werden. Dadurch kann der bedarfsgerechte Ausbau von Studienplatzkapazitäten und Studienstandorten zielgerichtet verstärkt und die Ausschöpfung der Studienplätze optimiert werden. Die Gewinnung ausländischer Fachkräfte gilt es voranzutreiben. Für einen qualitativ hochwertigen eigenständigen Unterricht müssen jedoch Deutschkenntnisse auf dem Sprachniveau C1 nach dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen oder höher vorliegen.

Während der jeweiligen Phasen gilt es zudem, die nachfolgenden Forderungen zu berücksichtigen:

ERSTE PHASE DER LEHRKRÄFTEBILDUNG

Neben der Schaffung von neuen Studienplätzen bedarf es einer Steigerung der Attraktivität und Qualität der ersten Phase der Lehrkräftebildung, um mehr junge Menschen für den Lehrerberuf begeistern und ihren Studienerfolg sichern zu können.

Steigerung der Attraktivität des Lehramtsstudiums für allgemeinbildende und berufsbildende Schulen:

- Das Lehramtsstudium für allgemeinbildende und berufsbildende Schulen gilt es stärker im Prozess der Berufs- und Studienorientierung zu berücksichtigen.
- Das Interesse am Studium muss zudem durch zielgruppenspezifische Anwerbemaßnahmen gesteigert werden.
- Zulassungsbeschränkungen und administrative Schwierigkeiten beim Wechsel in das Lehramtsstudium sind so weit wie möglich abzubauen.
- Das Studium muss an Qualitätsstandards orientiert so lange wie möglich zugänglich gehalten werden, dies gilt auch für nicht von Beginn an für das Lehramt entschiedene Kandidatinnen und Kandidaten.
- Durch Modularisierung ist die Anschlussfähigkeit zwischen den verschiedenen Lehramtsstudiengängen sicherzustellen.
- Finanzierungsmöglichkeiten und Stipendien für Personen in

unterschiedlichen Lebensphasen sind zu ermöglichen.

Qualitätssteigerung der Ausbildung und Sicherung des Studienerfolgs:

- Der dbb steht für eine zweiphasige Lehrkräftebildung ein.
- Die Stellung der Lehrstühle für allgemeinbildende und berufsbildende Schulen für Lehrkräftebildung ist an den Universitäten und pädagogischen Hochschulen besserzustellen und institutionell zu stärken. Die Lehrstühle sind beispielsweise auf Leitungsebene und in Strategien sichtbar zu verankern.
- Um die Lehramtsstudierenden zielgerichtet und über die gesamte Dauer des Studiums zu fördern sind die notwendigen Ressourcen (Personal, Räumlichkeiten und Ausstattung) vorzuhalten. Dies muss u. a. die individuelle Beratung und Supervisionsangebote umfassen.
- Die Stärkung der einzelnen Studienbereiche (Fach, Fachdidaktik und Bildungswissenschaften) und deren Kohärenz ist zu gewährleisten.
- Die Vermittlung didaktischer Fähigkeiten und Lerninhalte verpflichtender Praxisanteile sollen kohärent aufeinander abgestimmt werden, um einen Hochschulwechsel zu erleichtern.
- Der Praxisbezug im Studium darf nicht zulasten des theoretischen Bereiches gehen oder auf die Dauer des Referendariats angerechnet werden.
- Die diagnostischen Fähigkeiten sind im Lehrplan zu verankern.
- Beratungs-, Coaching- und Mentoring-Angebote sind für die Studierenden über den Verlauf des Studiums sicherzustellen, um den individuellen Professionalisierungsprozess und die damit verbundene Entwicklungsaufgabe zu begleiten.
- Die Studierbarkeit ist basierend auf einer zuverlässigen Datengrundlage zu verbessern, um systematisch Handlungsbedarfe identifizieren zu können.

ZWEITE PHASE DER LEHRKRÄFTEBILDUNG

In der zweiten Phase der Lehrkräftebildung werden reflektierte fachdidaktische und praktisch-pädagogische Fähigkeiten erarbeitet und weiterentwickelt. Eine angemessene Dauer von mindestens 18 und idealerweise 24 Monaten und die professionelle Unterstützung der angehenden Lehrkräfte sind dabei von zentraler Bedeutung für die Persönlichkeitsentwicklung der Lehrkräfte und damit zur Entwicklung ihrer Professionalität.

Steigerung des Ausbildungserfolgs in der zweiten Phase der Lehrkräftebildung:

- Um den Referendarinnen und Referendaren ausreichend Zeit für eine gründliche und verlässliche Professionalisierung zu geben, spricht sich der dbb für eine angemessene Dauer des Referendariats aus. Dieses sollte keinesfalls unter 18 Monate dauern, eine längere Dauer von 24 Monaten ist anzustreben.
- Hospitationsphasen und der Unterricht unter Anleitung sind zu stärken und zu schützen. Erst nach der angemessenen Partizipation an diesen Phasen kann eigenverantwortlich Unterricht gestaltet werden.
- Die Unterrichtsverpflichtung während des Referendariats muss auf das für die Ausbildungszwecke sinnvolle Maß beschränkt werden.
- Der bedarfsdeckende Einsatz der Referendarinnen und Referendare ist strikt abzulehnen.

- Die professionelle Unterstützung der Referendarinnen und Referendare ist durch hochqualifizierte, gut ausgebildete und dafür mit ausreichenden zeitlichen Kapazitäten ausgestattete Ausbildungslehrkräfte sicherzustellen.
- Die Betreuung der Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern darf nicht zu zusätzlichen Belastungen für die Ausbilderinnen und Ausbilder in den Seminaren und für die Lehrkräfte vor Ort an den Ausbildungsschulen führen.
- Auch in der zweiten Phase der Lehrkräftebildung sind Coaching-Angebote zur Reflexion der individuellen Entwicklung vorzuhalten.
- Die Bezüge während des Vorbereitungsdienstes sind zu erhöhen.
- Um einen bundesweit vergleichbaren Qualitätsrahmen für das Lehramtsstudium und den Vorbereitungsdienst zu ermöglichen, sind Qualitätsstandards für Lehrkräftebildner in Universitäten, Hochschulen und Studienseminaren zu formulieren.
- Die bestehenden Curricula müssen für den Umgang mit aktuellen gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen sowie Querschnittsaufgaben angepasst werden.
- Die Studierenden sollen u. a. die Kompetenz entwickeln, gemeinsam mit anderen die Bildung im umfassenden Sinne organisieren und neue Lernsettings entwickeln zu können. Die Arbeit im multiprofessionellen Verbund eröffnet Gestaltungsmöglichkeiten und trägt zur Attraktivität des Lehrberufs bei.

DRITTE PHASE DER LEHRKRÄFTEBILDUNG

Die dritte Phase der Lehrkräftebildung erstreckt sich über die gesamte Dienstzeit der Lehrkräfte, wird jedoch bisher weiterhin stark vernachlässigt. Die fortwährende Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte ist entscheidend für ihre persönliche Entwicklung und die Sicherung der Unterrichtsqualität. Daher sind ausreichend zeitliche Ressourcen im geregelten Teil der Arbeitszeit und angemessene Budgets dafür vorzuhalten.

Zielgerichtete Nutzung der Entwicklungspotenziale und nachhaltige Sicherung der Unterrichtsqualität:

- Ein forschungsbasiertes, bedarfsorientiertes und qualitätsgesichertes Fortbildungsangebot ist zu entwickeln und für jede Lehrkraft zugänglich zu machen.
- Für Fort- und Weiterbildungszeiten werden Lehrkräfte freigestellt. Die professionelle Weiterbildung in kollegialen Teams ist in der geregelten Arbeitszeit zu verankern.
- Es bedarf entsprechender Ressourcen, um eine nachhaltige Personalentwicklung zu gewährleisten und den Prozess der Fort- und Weiterbildung fortwährend koordinieren zu können.
- Die dritte Phase der Lehrkräftebildung darf nicht Inhalte der grundständigen Ausbildung ersetzen oder genutzt werden, um außerunterrichtliche Aufgaben im Lehrerberuf zu verankern. Für die Bewältigung von überfachlichen und Querschnittsaufgaben sind entsprechende Funktionsstellen einzurichten.
- Lern-Portfolios und Module müssen auf die individuellen Bedarfe zurechtgeschnitten sein und ganzheitliche sowie nach-

haltige Bildungsprozesse ermöglichen. Karrierewege sind in diesem Zusammenhang auszubauen.

- Die Fort- und Weiterbildung muss im Kontext der beruflichen Bildung auch betriebliche Praktika umfassen.
- Die Bereitstellung digitaler Angebote muss kontinuierlich ausgeweitet werden, um niederschwelliges Lernen zu ermöglichen und flexibel auf die individuellen Lebens- und Arbeitsrealitäten der Lehrkräfte eingehen zu können.
- Wenngleich digitale Angebote ein Mehr an Flexibilität bieten, bedarf es auch ausreichender Präsenzangebote in den jeweiligen Einrichtungen sowie Blended-Learning Formate, die digitale und analoge Komponenten vereinen, um den größtmöglichen Nutzen ziehen zu können.
- Angemessene Budgets zur Fort- und Weiterbildung sind in den Haushalten der Länder fest einzuplanen.
- Darüber hinaus gilt, mehr und umfassendere Angebote zur Gesunderhaltung der Lehrkräfte zu gewährleisten.

Umgang mit der gegenwärtigen Einstellungspraxis von nicht grundständig ausgebildeten Lehrkräften

Angesichts einer Vielzahl an verschiedenen Programmen für den Quer- und Seiteneinstieg und weiterhin ausstehenden Qualitätskriterien verweist der dbb auf die Notwendigkeit einer zeitlichen Begrenzung dieser Maßnahme und der zwingenden Weiterqualifikation der nicht grundständig ausgebildeten Lehrkräfte.

Übergeordnetes Ziel bei der Qualifizierung muss dabei stets eine Qualifikation auf dem Niveau eines Masterabschlusses oder eines Staatsexamens mit einem anschließenden Referendariat sein. Vor diesem Hintergrund stellt das Berufsbegleitende Qualifizierungsprogramm für Lehrkräfte in Sachsen (BQL) eine zielführende Möglichkeit dar, um die zahlreichen nicht grundständig ausgebildeten Lehrkräfte im System analog zur grundständigen Lehrkräfteausbildung berufs begleitend zu qualifizieren und eine angemessene Bildungsqualität aufrechterhalten zu können. Um eine Überlastung der Programmteilnehmenden zu verhindern, wird jedoch maximal ein halber Lehrauftrag während der Qualifizierungszeit sowie ein Beginn der universitären Qualifikationsmaßnahmen – spätestens nach einem halben Jahr nach Eintritt in das Beschäftigungsverhältnis – gefordert.

Lehrkräfte, die mangelbedingt zunächst nur ein Fach unterrichten, müssen nachträglich oder berufs begleitend die Qualifikation für den Unterricht von zwei Fächern erlangen. Die notwendigen Rahmenbedingungen dafür sind bereitzustellen.

Fachlehrkräfte an berufsbildenden Schulen durchlaufen nicht die grundständige Lehrkräfteausbildung, sind jedoch eine in vielen beruflichen Fachrichtungen bedeutende Lehrkräftegruppe an berufsbildenden Schulen. Daher muss eine bundeseinheitliche berufspädagogische Qualifizierung der Fachlehrkräfte geschaffen werden. In diesem Zusammenhang gilt es, die „KMK Rahmenordnung für die Ausbildung und Prüfung der Lehrer für Fachpraxis im beruflichen Schulwerden“ aus dem Jahr 1973 dringend zu aktualisieren.

dbb beamtenbund und tarifunion

Lehrkräfte gesucht!

... und doch nicht gefunden?

Der Fachkräftemangel ist – neben allen Krisen und Katastrophen – ein Thema, das die Nachrichten und die Diskussion in der Bevölkerung seit Jahren dominiert.

Die erste Lesung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes war bereits im Jahr 2019, der Mangel hat sich zu dem Zeitpunkt schon lange abgezeichnet. Über alle Berufe hinweg sprechen die Prognosen in den kommenden zehn Jahren von einem Defizit von rund 400.000 fehlenden Fachkräften pro Jahr. Der Bildungsbereich bleibt dabei ebenso wenig verschont, wie so wichtige wie zukunftssträchtige Bereiche wie Pflege, Gesundheit oder auch der gesamte MINT-Bereich.

Lehrkräftegewinnung der SWK

Im Oktober 2023 fand das Stakeholderhearing der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission (SWK) mit den Lehrerverbänden zum Gutachten zur Lehrkräftegewinnung statt. Das Gutachten formuliert viele – für die Lehrerverbände nicht immer akzeptable – Forderungen. Gleich die erste hat die Optimierung der Datenlage im Blick, die bis zum jetzigen Zeitpunkt offenbar nicht sonderlich solide ist. Die Zahlen mancher Bundesländer fehlen in der Statistik, eine bundesweite Vergleichbarkeit ist schwierig. Für die Statistik werden alle zwei Jahre die

Prognosen der Bundesländer zusammengestellt und daraus die Prognose zum Lehrkräftebedarf (notwendige Einstellungen in Vollzeitäquivalenten) und zum Lehrkräfteangebot (Bewerber für das Lehramt) für Deutschland insgesamt und aufgeschlüsselt für alle Bundesländer erarbeitet. Doch wie weit Wunsch und Realität innerhalb von gerade einmal vier Jahren auseinander gehen, zeigt Tabelle 1 (nächste Seite). In dieser Tabelle wurden die Prognosen von 2019 (Blick auf die Jahre 2020–2030) und von 2023 (Blick auf die Jahre 2023–2035) gegenübergestellt. →

	Prognose aus dem Jahr 2019 für den Zeitraum 2019–2030			Prognose aus dem Jahr 2023 für den Zeitraum 2023–2035		
	Bedarf	Angebot	Saldo	Bedarf	Angebot	Saldo
2024	7.240	5.740	-1.500	10.137	4.409	-5.728
2025	8.120	5.850	-2.270	8.949	4.555	-4.394
2026	7.330	5.810	-1.520	9.250	4.621	-4.629
2027	7.370	5.760	-1.610	9.415	4.264	-5.151
2028	7.110	5.720	-1.390	9.213	4.064	-5.149
2029	6.650	5.630	-1.020	8.859	4.096	-4.763
2030	6.250	5.670	-580	8.377	4.109	-4.268
2031	-	-	-	7.708	4.119	-3.589
2032	-	-	-	6.170	4.068	-2.102
2033	-	-	-	5.610	4.069	-1.542
2034	-	-	-	5.618	4.088	-1.530
2035	-	-	-	5.537	4.103	-1.434
Durchschnitt (2024–2030)	7.570	5.620	-1.950	9.170	4.300	-4.870
Summe (2024–2030)	50.070	40.180	-9.890	64.200	30.118	-34.082
Summe (2031–2035)	-	-	-	60.643	20.446	-10.197
Summe (2024–2035)	-	-	-	94.843	50.564	-44.279

Tabelle 1: Lehrkräftebedarfsprognose für Deutschland laut Berichten der KMK.
Vergleich der Prognose aus dem Jahr 2019 zu der aus dem Jahr 2023.

Hier zeigt sich, dass sich die ergebenden – vielleicht klein wirkenden – Veränderungen in den einzelnen Bundesländern für das gesamte Bildungssystem in Deutschland gravierende Auswirkungen haben kann.

Lenkt man den Blick in der Tabelle allein auf das aktuelle Jahr 2024 so fehlen statt 1.500 Lehrkräfte in ganz Deutschland (Prognose 2019) beinahe viermal so viele, immerhin 5.728 Lehrkräfte (Prognose 2023). Leider gleichen sich die Fehleinschätzungen der Bundesländer in den einzelnen Jahren nicht aus, sondern summieren sich auf. Das zeigt, dass die Prognosen der KMK eher als zu niedrig angesehen werden dürften. Dennoch überrascht die Deutlichkeit dann doch. Dabei ist der Blick auf die Summenwerte der sich in beiden Prognosen überschneidenden Zeiträume von 2024 bis 2030 interessant. Statt einer Lücke von knapp 10.000 Lehrkräften (Prognose 2019)

steuern wir auf eine Lücke von 34.000 Lehrkräften zu (Prognose 2023). Interessanterweise werden in den Prognosen der KMK seit 2021 keine Summenzahlen über Deutschland hinweg mehr ausgewiesen, die Zahlen muss man nun selbst berechnen.

Ungehörte Mahnungen

Bereits im Jahr 2015 hat der Bayerische Realschullehrerverband (brlv) unter dem damaligen Landesvorsitzenden Jürgen Böhm mit der Kampagne „Lehramt statt Arbeitsamt“ für die perspektivische Einstellung junger Lehramtsabsolventen geworben. Allein im Realschulbereich im Freistaat standen damals gerade einmal 76 Einstellungen der unglaublichen Zahl von 2.500 Bewerbern gegenüber. Die Forderung des Verbands lautete, (gerade einmal) eine zusätzliche Lehrerstelle an den staatlichen Schulen als integrierte Lehrerreserve (ILR) zu installieren. Das hätte immerhin 238 zusätzli-

che Planstellen schaffen können. Eine entsprechende Petition wurde an den Bildungsausschuss des Bayerischen Landtags übergeben.

Medien- und öffentlichkeitswirksam macht der brlv seitdem jährlich mit einer breit angelegten Kampagne auf die Einstellungssituation von Junglehrern und den Lehrerberarf an bayerischen Realschulen aufmerksam (siehe Anzeigen-Abbildungen auf Seite 19) – mittlerweile mit Erfolg! Aktuell wird jede staatliche Realschule im Schnitt mit etwas über zwei Vollzeitäquivalenten über das Budget versorgt. Diese Lehrerwochenstunden stehen als integrierte Lehrerreserve für kurz- und langfristige Ausfälle von Lehrkräften zur Verfügung. Dennoch zeichnet sich auch in Bayern – vor allem rund um München – ein Mangel an Realschullehrkräften ab.

Initiativen der Länder

Vor dem Hintergrund des sich immer stärker verschärfenden Lehrkräftemangels (vgl. Abb. 1), des erwarteten Schülerzuwachses in den meisten Bundesländern (vgl. Abb. 2, Seite 21) und der intensiven Mahnungen der Verbände ist es spannend, den Blick in die Bundesländer zu werfen und die verschiedenen Kampagnen zu vergleichen. Nach intensiver Recherche zeigt sich ein klares aber äußerst uneinheitliches Bild. Während Mecklenburg-Vorpommern mit seiner Kampagne bereits das 10-jährige Jubiläum feiert und 502 Schulen jeweils mit einem professionell erstelltem Videoporträt vorstellt, Sachsen mit Kinospots für das Lehramt Werbung macht, Thüringen für jede freie Stelle ein Bewerbungsvideo produziert und der Stellenausschreibung hinzufügt oder Sachsen-Anhalt Headhunter losschickt, um Lehrkräfte mit ausreichenden Sprachkenntnissen ins Land zu holen, gibt es viele Bundesländer, die weder eine Kampagne haben noch Social-Media-Kanäle aus dem Bildungsministerium heraus bedienen (vgl. Abb. 3, ab Seite 20). Zwischen diesen beiden Extremen pendeln sich die restlichen Bundesländer ein. Und auch zwischen diesen kann man noch deutliche Unterschiede in der Ausprägung der Kampagnen feststellen:

- Schnellchecks mit gerade einmal zwei Fragen treffen auf ein differenziert ausgearbeitetes und logi-



Kampagnen des btlv seit 2015 – gerne veröffentlichen wir auch die Kampagnen der anderen Lehrerverbände im VDR

sches Fragesystem, an dessen Ende auf dieser Grundlage eine konkrete Empfehlung für den Einstieg in eine Beschäftigung in der Schule steht.

- Von den Bundesländern werden Lehrkräfte eingesetzt, die als Berater und als Netzwerk bei Fragen die ganze Woche über telefonisch oder per Mail zur Verfügung stehen und bei Bedarf auch zu Veranstaltungen gerufen werden können oder – immerhin – ein täglicher Vortrag mit Sprechstunde zu einem bestimmten Zeitpunkt.
- Einige Bundesländer betreiben Instagram-Accounts, die speziell von der jeweiligen Lehrkräftegewinnungskampagne bedient werden, andere verwenden den Social-Media-Auftritt des Ministeriums oder gar des Stadtstaats und mischen die Inhalte für potenzielle Lehrkräfte unter die alle anderen Posts. Manche Social-Media-Auftritte waren von der Homepage der Ministerien – trotz Kennzeichnung – nicht erreichbar, manche Bundesländer haben keine Auftritte. →

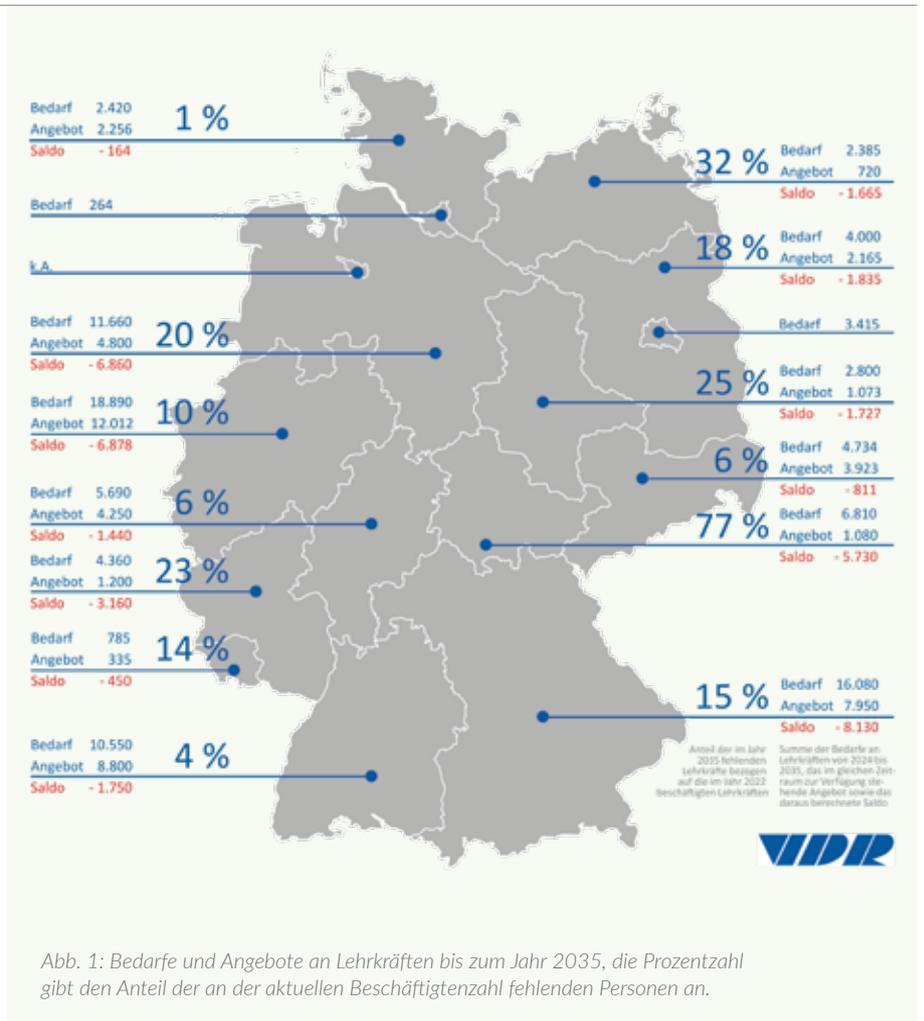


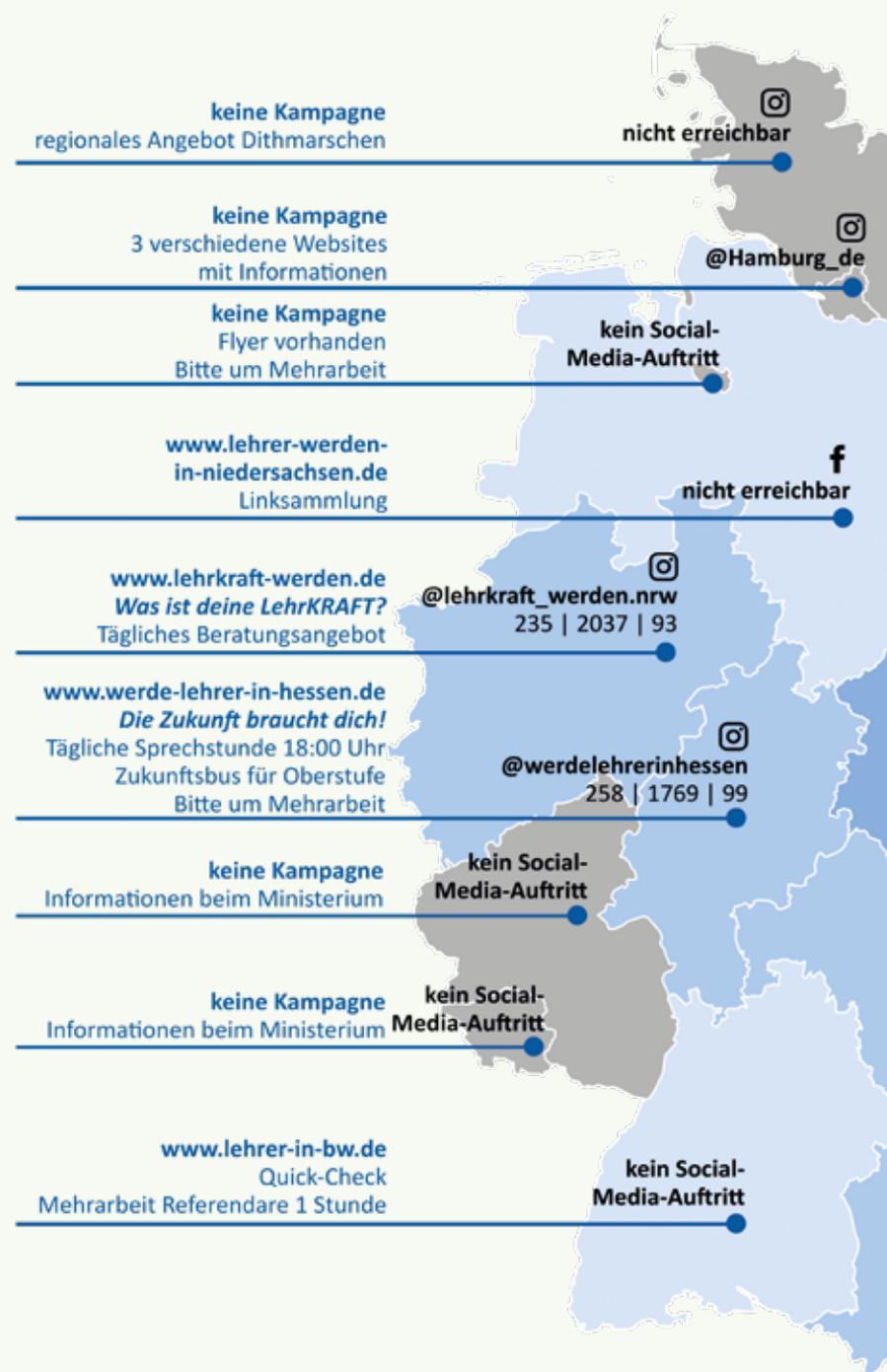
Abb. 1: Bedarfe und Angebote an Lehrkräften bis zum Jahr 2035, die Prozentzahl gibt den Anteil der an der aktuellen Beschäftigtenzahl fehlenden Personen an.

Weitere Maßnahmen gegen den Lehrermangel

Ob diese Kampagnen ausreichen werden, dem Lehrkräftemangel – zumindest halbwegs – entgegenzutreten, bleibt abzuwarten. Viele Ideen scheinen bei den Verantwortlichen schon in der Schublade zu stecken. Das geht von Dualen Studiengängen, der Verkürzung des Referendariats, den Quer- und Seiteneinsteigern (vgl. Abb. 4), der Vorgriffsstunde bzw. das Arbeitszeitkonto, die Zulassung von Einfachlehrern, die Begrenzung von Teilzeitmaßen, das Verbot von Antragsteilzeit oder die Erhöhung der Unterrichtspflichtzeit. Schlussendlich werden diese Maßnahmen aber langfristig genau das Gegenteil bewirken. Sie werden die grundständig ausgebildeten Lehrkräfte im System immer weiter belasten: besondere Aufgaben, wie z. B. Fachleitungen, werden auf weniger Schultern verteilt, aber auch Lehrkräfte mit aufwändigen Korrekturfächern, die bislang in Antragsteilzeit gearbeitet haben, um die Aufgaben zu meistern, könnten unter dem Mehraufwand wegbrechen. Die geringe Flexibilität beim Einsatz von Einfachlehrkräften blockieren unter Umständen den Einsatz im Zweitfach von Kolleginnen und Kollegen. Wer aber könnte besser Werbung für den Beruf der Lehrerin oder des Lehrers machen als wir, die wir diesen Beruf aus genau diesen Gründen gewählt haben? In der Wirtschaft gibt es den Begriff der antizyklischen Fiskalpolitik, also z. B. in einer Rezession die Steuern zu senken, um Anreize zu schaffen. Wie wäre es denn mal mit einer antizyklischen Bildungspolitik!?

Bernd Bischoff

Abb. 3: Kampagnen der Länder zur Gewinnung von Lehrkräften und Quer- sowie Seiteneinsteigern mit ihrem Social-Media-Auftritt



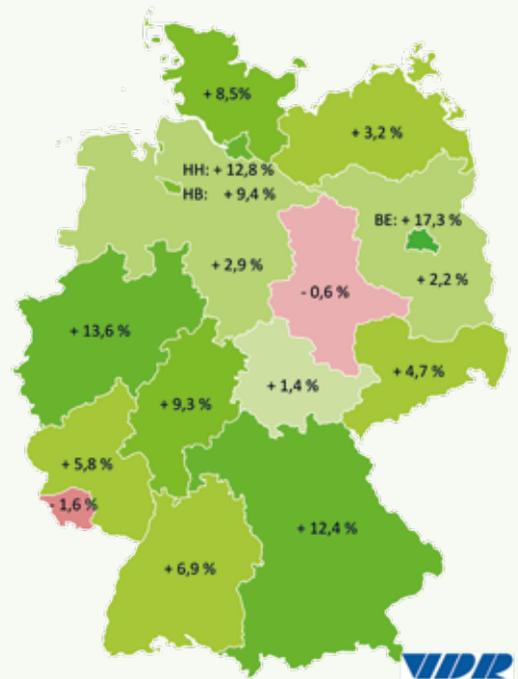
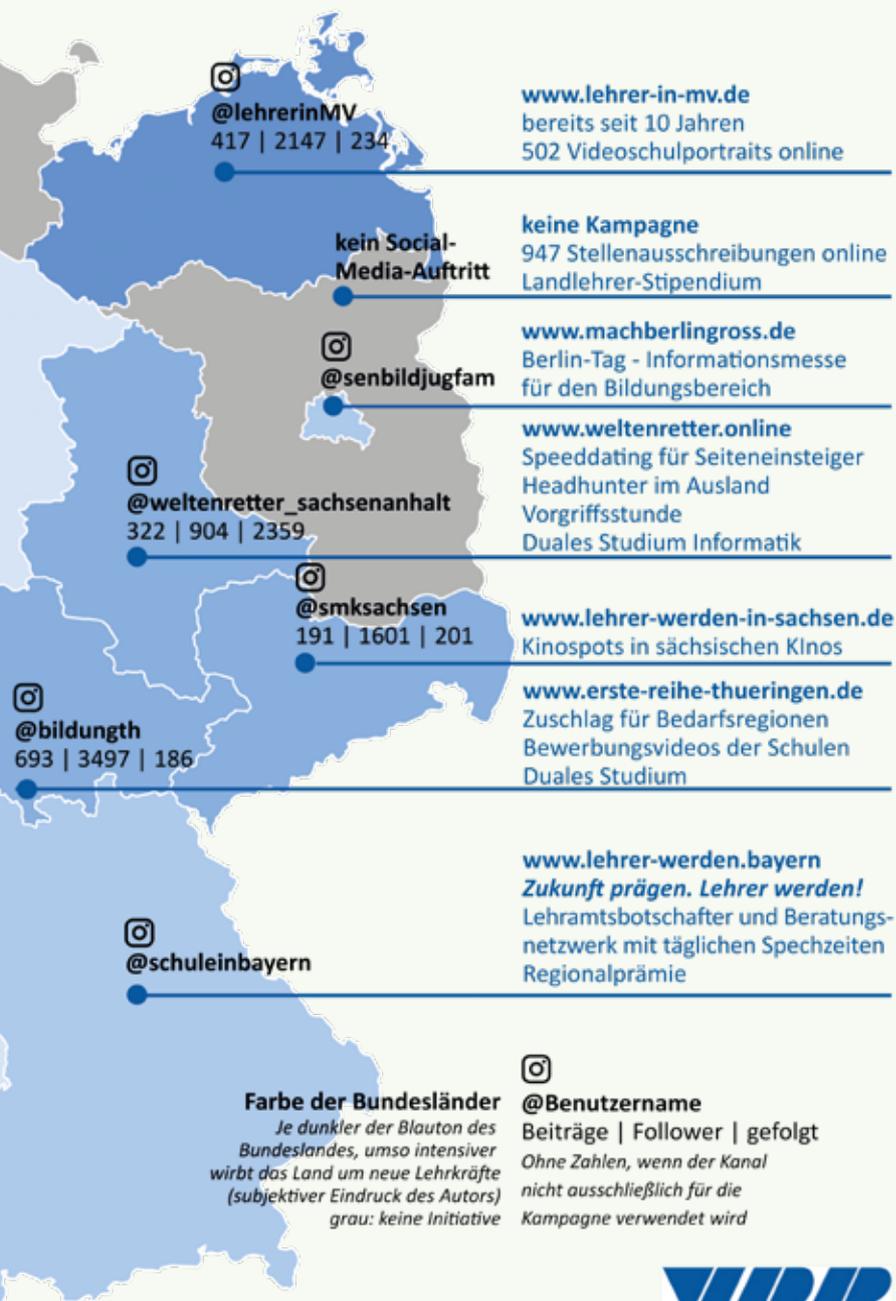


Abb. 2: Erwarteter Schülerzuwachs in den Bundesländern bis zum Jahr 2035

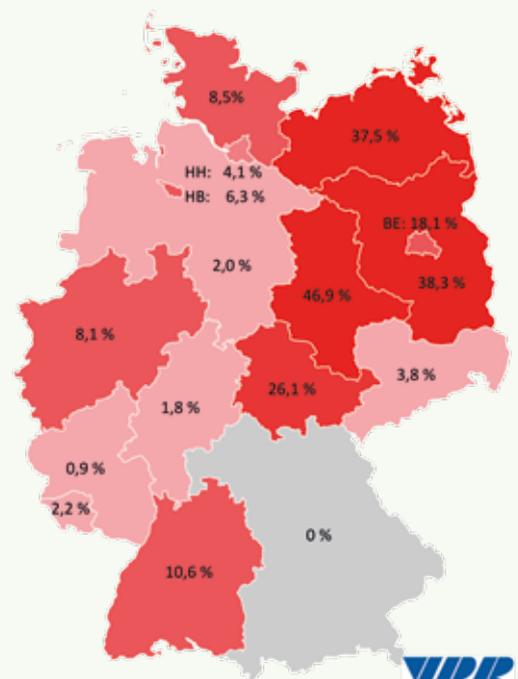


Abb. 4: Quer- und Seiteneinsteiger unter den Neueinstellungen im Jahr 2022 in den einzelnen Bundesländern

Parlamentarisches Sommerfest der dbb jugend in Berlin



Von links: Saskia Tittgen, Ralf Neugschwender, Maren Saulheimer und Tobias Braune freuen sich über eine gelungene Vorstellung der Landesverbände

Erstmals lud die dbb jugend zu einem parlamentarischen Sommerfest in Berlin ein. Unter dem Motto „Aloha - dbb jugend“ wurde die Bedeutung des Ehrenamtes als zentrales Thema mit Expertinnen und Experten aus Politik, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft erörtert. Dabei wurden viele Optionen herausgestellt, um das Ehrenamt zu fördern und zu stärken.

„Es gibt viele Möglichkeiten, zum Beispiel die bessere Anerkennung von im Ehrenamt erworbenen Kompetenzen im Bewerbungsprozess oder die finanzielle Anerkennung von ehrenamtlichem Engagement über Steuerbefreiungstatbestände oder zusätzliche Rentenpunkte. Außerdem braucht es die Möglichkeit, Sonderurlaubstage und Dienstbefreiungen ohne Begrenzung zu gewähren. Dabei muss sichergestellt werden, dass diese Regelungen nicht nur auf dem Papier bestehen, sondern eine Verpflichtung zur Gewährung besteht“, so Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend.

Zudem hatten die Jugendvertretungen der Landesbünde und der Fachgewerkschaften, die Chance auf einem großen Ehrenamtsmarkt ihren Verband zu präsentieren. Natürlich war auch die VDRjugend dort vertreten. Mit der Vorsitzenden Saskia Tittgen, Maren Saulheimer

(beide vrb rlp) und Tobias Braune (Lehrer nrw) und mit der Unterstützung des Bundesvorsitzenden Ralf Neugschwender konnte der VDR sich mit seinen facettenreichen Landesverbänden vorstellen. Insbesondere im Gespräch mit der Bundestagsabgeordneten Petra Nicolaisen, die innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik leitet, konnte die Bedeutsamkeit der Interessensvertretung für Lehrerinnen und Lehrer gerade von und für junge Menschen hervorgehoben werden und die wichtige Rolle der mittleren Bildung in allen Bundesländern betont werden.

Saskia Tittgen, Vorsitzende der VDRjugend, zum Thema Ehrenamt: „Nur im Ehrenamt hat man die exklusive Gelegenheit, seine persönlichen Kompetenzen zu erweitern und über sich selbst hinauszuwachsen, und dabei wertvolles und sinnstiftendes für die Gemeinschaft zu tun.“ Bundesvorsitzender Ralf Neugschwender ergänzt: „Das Ehrenamt ist ein wichtiges Fundament für unsere Demokratie. Junge Menschen lernen in ihrer Freizeit, dass es lohnt sich in Vereinen, Verbänden oder Parteien für das Gemeinwohl einzusetzen und vor Ort die Gesellschaft mitzugestalten.“

Saskia Tittgen



Von links: Saskia Tittgen, MdB Petra Nicolaisen und Ralf Neugschwender



Selbstverständlich ließ es sich die Truppe nicht nehmen zur aktuellen Initiative **#IchStehAuf - Schulen für Demokratie und Zusammenhalt**, die am gleichen Tag stattfand, ein passendes Bild zu machen und sich dadurch klar zur Demokratie und dem Grundgesetz zu positionieren.



Fotos: Alexander Habernicht



Podiumsdiskussion zum Thema Ehrenamt

Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend, bei seiner Begrüßung

Aktuelle Themen bestimmen die Frühjahrstagung der VDR Seniorenvertretung



Die traditionelle Tagung der VDR Seniorenvertretung fand vom 3. bis 5. Juni 2024 wieder in Fulda statt. Dort trafen sich die Seniorenvertreter und Seniorenvertreterinnen der VDR Landesverbände aus dem gesamten Bundesgebiet, um sich in wichtigen Fragen der Seniorenpolitik in Bund, Ländern und Kommunen auszutauschen. Seniorenvertreterin im VDR-Bund und Seminarleiterin Christa Nicklas konnte auch dieses Jahr bedeutende Referenten für die Veranstaltung gewinnen.

Zu Beginn stand ein Besuch der historischen Altstadt auf dem Programm, von Wilfried Rausch, Seniorenvertreter Rheinland-Pfalz, organisiert. Der engagierte Gästeführer schlug einen Bogen von der Gründung Fuldas im Jahre 744 – Bonifatius hatte damals das Benediktinerkloster Fulda erbauen lassen – bis zur Neuzeit. Zahlreiche „Geschichtchen“ ließen dabei seine Darstellung sehr amüsant und kurzweilig erscheinen.

Großes Interesse bei Senioren für Gebäude-Energie-Gesetz

Dipl.-Ing. Frauke Hasheider von der Verbraucherzentrale Hessen leitete den folgenden Tag mit ihrem Referat zu einem sehr aktuellen Thema ein: „Heizungstausch – Moderne Heiztechnik“. Wie sich schnell herausstellte, gab es unter den Seminarteilnehmern großen Diskussionsbedarf, vor allem zu den Bereichen Austauschpflicht, Wärmepumpenheizung und

Heizen mit Holz, da teilweise noch großes Informationsdefizit besteht. Auch die Regelungen nach dem neuen Gebäude-Energie-Gesetz (GEG) wurden besprochen, ebenso die Erfüllungsoptionen nach GEG sowie die Bundesförderung. Es würde den Rahmen dieses Berichts überschreiten, genauer auf die verschiedenen

Lösungen einzugehen, zumal sie auch von verschiedenen Faktoren abhängen und sehr individuell zu treffen sind. Hilfestellung und Beratung bieten die Verbraucherzentralen: www.verbraucherzentrale-energieberatung.de oder Telefon 0800 809 802 400 für Terminvereinbarung oder telefonische Beratung.

*Im Namen der
Seminarteilnehmerinnen
und -teilnehmer bedankte
sich Christa Nicklas
bei Referentin
Frauke Hasheider (li.)
für den kenntnisreichen
Vortrag mit einem
kleinen Präsent*



Ehrenamtliche Tätigkeit beim Senior Experten Service (SES)

Was tun nach dem aktiven Dienst als Lehrer bzw. Lehrerin? Viele fühlen sich noch zu fit, um sich auf das Altenteil zurückzuziehen. Referent Helmut Henkel, Unternehmer im Ruhestand, stellte ein Projekt vor, das vielleicht die eine Pensionärin oder den anderen Pensionär reizen könnte: „Ehrenamtliche Tätigkeit bei SES“ (Senior Experten Service) zur Unterstützung von Auszubildenden an der beruflichen Schule oder im Betrieb. Der SES, eine Stiftung der Deutschen Wirtschaft, ist die führende deutsche Ehrenamtsorganisation für Fach- und Führungskräfte im Ruhestand oder in einer beruflichen Auszeit. Zurzeit unterstützen den SES mehr als 13.000 Experten aus allen beruflichen Richtungen. Seit Gründung des SES im Jahre 1983 haben sie mehr als 60.000 Einsätze in 170 Ländern durchgeführt.

Ein bundesweites Coaching-Programm der SES ist VerAplus (Verbesserung von Ausbildungserfolgen), gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.

In Deutschland werden 25 Prozent aller Ausbildungsverträge wieder aufgelöst. Viele Auszubildende geben schon im ersten Jahr auf. Das will VerAplus ändern! Hier konnte Helmut Henkel, der bereits seit elf Jahren ehrenamtlich in diesem Projekt tätig ist, aus seinem reichen Erfahrungsschatz berichten: „Wir helfen Jugendlichen bei Problemen in der Berufsschule, bei Konflikten im Ausbildungsbetrieb, bei fehlender Motivation oder bei der Suche nach zusätzlichen Unterstützungspro-

Unsere Teilnehmenden im Schlosshof Fulda mit „Spätlesereiter“



grammen.“ VerAplus bringt junge Menschen, denen die Ausbildung schwerfällt, mit ehrenamtlichen Fachleuten im Ruhestand mit viel Sachverstand, Empathie und Zeit zusammen, immer nach dem Eins-zu-Eins-Prinzip oder dem Tandem-Modell.“ Hierin ist auch der Erfolg begründet. Zusätzlich sind die Ehrenamtlichen unterstützend tätig bei der Selbstorganisation, der Stärkung der sozialen Kompetenz sowie der Förderung der Persönlichkeitsentwicklung. VerAplus hat bereits mehr als 22.000 Auszubildenden geholfen – kostenlos!

Auszubildende, die Unterstützung suchen, können online eine Ausbildungsbegleitung anfordern unter: vera.ses-bonn.de. Dass von VerAplus beide Seiten profitieren, machen die folgenden Zitate deutlich. Hamid A., Auszubildender: „Sehr hilfreich, (der Begleiter) war für mich immer da. Ohne ihn hätte ich die Ausbildung nicht mit sehr guten Noten geschafft.“ Und Petra S., VerA-Ausbildungsbegleitende: „Der

Kontakt zu jungen Menschen macht meinen Alltag bunter.“

Neuer VDR Bundesvorsitzender: Demokratiebildung an Schulen im Focus

Zur Tagung hatte sich auch der neue VDR Bundesvorsitzende Ralf Neuschwender, angesagt, um den Teilnehmer/innen seine Vorstellungen und Ziele der Verbandsarbeit zu erläutern. Neuschwender ist Nachfolger von Jürgen Böhm, der im Juli 2023 zum Staatssekretär für Bildung in Sachsen-Anhalt berufen wurde.

Für den neuen Bundesvorsitzenden ist die Demokratiebildung ein wichtiges, wenn nicht sogar das wichtigste Ziel: „Die Welt befindet sich in einer schwierigen Lage, Russland führt Krieg gegen die Ukraine, die Hamas gereift Israel an. Diese Konflikte finden nicht im luftleeren Raum statt, sondern kommen an den Schulen an. Schule ist kein neutraler Ort! Wenn es gegen unser Grundgesetz geht und gegen Menschenrechte, wenn es rassistisch, diskriminierend oder antisemitisch wird, dann ist jede Lehrkraft gefragt, Haltung zu zeigen. Dabei müssen die Lehrkräfte unterstützt werden.“

In einem VDR-Positionspapier, beschlossen im Bundesvorstand, heißt es weiter: „Der VDR steht unmissverständlich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. In der uns durch das Grundgesetz und das Beamtenrecht übertragenen Verantwortung für die Gesellschaft sind wir als systemrelevante Berufsgruppe in besonderem Maße unserer Gesellschaft verpflichtet. Diese Verantwortung nehmen wir



Helmut Henkel berichtet aus seinem reichen Erfahrungsschatz mit SES



VDR Bundesvorsitzender
Ralf Neugschwender
kam zum Austausch über
verbandspolitische Themen

wahr und positionieren uns gegen Hass, Intoleranz, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Unsere Schulen stehen für Vielfalt, Pluralismus, Solidarität und ein respektvolles Miteinander.“

In einem weiteren Ziel favorisiert Neugschwender die Realschule als eigenständige Schulart und wendet sich gegen das zweigliedrige Schulsystem. „Wir wollen das Alleinstellungsmerkmal der Realschulen mehr in die Öffentlichkeit bringen: Wir sind die Schulart, die den Fachkräftemangel beseitigen kann.“

Wegen des akuten Lehrermangels ist es für Neugschwender auch ein wichtiges Ziel, mehr junge Menschen zum Lehramtsstudium und zum Lehrberuf zu motivieren. Dabei ist eine intensive Diskussion um den richtigen Weg erforderlich. Eine Entprofessionalisierung des Berufes ist in jedem Fall zu vermeiden.

Altenparlament in Schleswig-Holstein

Ebenfalls um Verbandsarbeit ging es beim nächsten Thema „Seniorenarbeit im dbb Schleswig Holstein“. Grete Rhenius, Vorsitzende dbb Seniorenvertretung Schleswig-Holstein, stellte die Aktivitäten im dbb Landesverband vor. Sie berichtete ausführlicher über das Altenparlament, das seit 1989 jährlich tagt. Ihm gehören ca. achtzig Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den verschiedenen Einzelgewerkschaften an; der dbb ist mit fünf Mitgliedern vertreten. Für 2024 lautet das Motto: „Zukunft in Demokratie und Freiheit“. Drei Arbeitskreise wurden mit folgenden Themen gebildet: „Den Anschluss halten im digitalen Zeitalter“, „Keine Angst vor Armut und Pflegebedarf“, „Gesellschaft mitgestalten“. Die Ergebnisse werden mit den Fachleuten aus den Landtagsfraktionen diskutiert, sodass die Interessen der älteren Generation in die aktuelle Politik mit einfließen. Nach Abschluss dieses The-

menbereichs werden alle Ergebnisse in Buchform veröffentlicht, was eine große mediale Wirksamkeit hat.

Grete Rhenius nannte an weiteren Aktivitäten des Landesverbandes:

- Vierteljährlicher Newsletter an die Seniorenvertreterinnen und -vertreter der dbb Mitgliedsgewerkschaften,
- Aktualisierung der Seniorenbrochure aus 2017
- Antrag auf amtsangemessene Alimentation
- Diskussion über Pflegevollversicherung, private und gesetzliche Krankenversicherung.

Seniorenarbeit in den VDR Landesverbänden

Unter Moderation von Christa Nicklas tauschten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die Arbeit in ihren Verbänden aus. Dabei zeigte sich, dass die verschiedenen Aktivitäten vor allem abhängig sind von der Größe des jeweiligen Landesverbandes und damit der Anzahl der Senioren sowie deren Interessen, die Angebote anzunehmen.

Jeder Landesverband bemüht sich, die Kontakte zu den Senioren aufrecht zu erhalten, z.B. durch Glückwünsche zum Geburtstag, Informationen in den Verbandszeitschriften, Seniorenbriefe, Informationsveranstaltungen mit Rechtsberatung (Rheinland-Pfalz) oder Durchführung von Seniorentagen mit gegenseitigem Austausch und gemütlichem Beisammensein (Hessen). Sehr beliebt sind auch Besichtigungen im näheren Umfeld (Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein). Zusätzlich warten noch mit ganz besonderen Angeboten auf: Bayern (Ruhestandsinformationen für aktive Kollegen ab 55 Jahre) und Nordrhein-Westfalen (Ausflüge, Auslandsreisen). In diesem Zusammenhang stellte Manfred Berretz die Website des VDR in NRW vor („lehrer nrw“), die speziell auf Angebote für Senioren hinweist.

Resolution: Inflationsausgleich auch für Rentenbezieher

Rita Kiriasis-Kluxen, Seniorenvertreterin für VDR Sachsen und Sachsen-Anhalt, berichtete zunächst von zahlreichen Veranstaltungen zur Ren-



Über zahlreiche
Aktivitäten
im dbb Landesbund
Schleswig-Holstein
für Senioren referierte
Grete Rhenius

ten-Beratung und setzte sich bei diesem Tagungsordnungspunkt insbesondere für die Rentenbezieherinnen und -bezieher in ihrem Verband ein: Es sei eine Ungerechtigkeit, dass den Beamten im Ruhestand ein Inflationsausgleich in Höhe des jeweiligen Ruhegehaltssatzes (höchstens 71,75 % von 3.000 Euro) gewährt wurde, wogegen die Rentenempfängerinnen und -empfänger leer ausgingen. Auf ihre Initiative hin wurde eine Resolution entworfen, die am folgenden Tag an Dr. Horst Günther Klitzing, dem Vorsitzenden dbb Bundesseniorenvertretung, übergeben wurde. Seminarleiterin Christa Nicklas dankte allen anwesenden Seniorenvertretern für ihr umfangreiches ehrenamtliches Engagement und wies auf die große Bedeutung der Seniorenarbeit in den Verbänden hin.

Rechte und Pflichten im Ruhestand

Am letzten Seminartag stand das Thema „Rechte und Pflichten in Ruhestand und Rente“ auf dem Programm, zu dem Christa Nicklas referierte. Zu Beginn ihrer Ausführungen ging sie auf Artikel 33 Absatz 5 Grundgesetz ein, der die Garantie des Berufsbeamtenstatus regelt. Zu den Grundsätzen gehören u. a. Lebenszeitprinzip, Leistungsprinzip, Prinzip der Hauptberuflichkeit, Alimentationsprinzip als Fürsorge- und Schutzpflicht des Dienstherrn und die Pflicht zur Verfassungstreue. Das Alimentationsprinzip beschreibt die Verpflichtung des Beamten, seine ganze Kraft auf Dauer für den Dienst einzusetzen und die Verpflichtung des Dienstherrn, den amtsangemessenen Unterhalt des Beamten und seiner Familie zu gewährleisten. Der Beamte hat demnach einen Rechtsanspruch auf Versorgung. Zu den Versorgungsleistungen zählen Ruhegehalt, Unfallfürsorge, Beihilfe und Hinterbliebenenversorgung. Auch auf einen (begrenzten) Hinzuverdienst besteht ein Rechtsanspruch. Auf bestimmte Anzeige- und Meldepflichten sowohl für Ruhestandsbeamte wie auch für Rentner wurde hingewiesen. In Beiträgen wurde das sehr umfassende Spektrum dieser Thematik diskutiert, aber auch darauf hingewiesen, dass ein Verlust der Versorgung bzw. von Beamtenrechten eintreten kann bei Verurteilung durch ein deutsches Gericht in einem ordentlichen Strafverfahren,

*Übergabe der
Resolution an Dr. Klitzing,
Vorsitzender der dbb bundes-
seniorenvertretung, mit
Rita Kiriasis-Kluxen (li.)
und Christa Nicklas*



VDR – Verband Deutscher Realschullehrer Seniorenvertretung

Resolution

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Senioren-Seminars in Fulda vom 3. bis 5. Juni 2024 fordern von der dbb bundesseniorenvertretung, sich für unsere Mitglieder mit einer Protestnote einzusetzen und gegen die Ungerechtigkeit vorzugehen.

Sachverhalt und Begründung:

Die hohe Inflationsrate und steigende Preise haben das Leben für alle teurer gemacht.

Fast alle Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst, Beamtinnen und Beamte, Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamte haben von ihrem Arbeitgeber bzw. Dienstherrn einen steuerfreien Inflationsausgleich von bis zu 3000 Euro erhalten.

Eine große Gruppe bekommt diese finanzielle Unterstützung nicht.

Für Rentnerinnen und Rentner ist bis heute keine Inflationsausgleichsprämie vorgesehen, obwohl diese von den steigenden Preisen für Lebensmittel und Energie auch betroffen sind.

Diese offensichtliche Benachteiligung der Rentnerinnen und Rentner (auch Personen in Altersteilzeit) muss durch eine einmalige Sonderzahlung in angemessener Höhe ausgeglichen werden.

Dafür setzen wir uns als Gewerkschaftsvertreter des VDR mit ganzer Kraft ein.

Fulda, 5. Juni 2024

gez. Ralf Neugschwender, VDR Bundesvorsitzender

Christa Nicklas, VDR Seniorenvertretung

Rita Kiriasis-Kluxen, VDR Seniorenvertretung Sachsen/Sachsen-Anhalt



Aufmerksame
Zuhörerinnen und
Zuhörer bei der
VDR Seniorentagung

wenn sich ein Beamter im Ruhestand gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung betätigt. Nähere Ausführungen im Beamtenstatusgesetz bzw. in den beamtenrechtlichen Landesgesetzen.

Literatur: Becker/Tepke: Beamten Basics, Ratgeber: Besoldung, Versorgung, Beihilfe; dbb Verlag, 1. Aufl. 2022

Vorsitzender Dr. Klitzing: Bericht aus der Bundessenorenvertretung

Um den Teilnehmerinnen und Teilnehmern über „Aktuelles aus der dbb Bundessenorenvertretung“ und über die „Einsamkeitsstrategie für Ältere“ zu berichten, war Dr. Horst Günther Klitzing nach Fulda gekommen. Bevor er jedoch in seine Themen einsteigen konnte, wurde ihm die zuvor erstellte Protestnote betr. Inflationsausgleich für Rentenbezieher überreicht, die er gerne entgegennahm, um sie an die entsprechende Stelle unterstützend weiterzuleiten.

Er war jedoch wenig hoffnungsvoll, dass dieser Antrag an den dbb positiv beschieden werden könnte, da für die Bewilligung der Kosten letztlich das Parlament zuständig sei. Dr. Klitzing informierte anschließend, dass am 6. Juni in einer außerordentlichen Sitzung des dbb Bundeshauptvorstandes in Berlin eine Wahl im dbb Vorstand stattfindet. Aktuell können wir mitteilen, dass Waldemar Dombrowski, vbba, zum 2. Vorsitzenden und zum Fachvorstand Beamtenpolitik gewählt wurde. Herzlichen Glückwunsch!

Derzeit werden im Dachverband dbb folgende Probleme diskutiert:

- Arbeits- und Fachkräftemangel, vor allem bei technischen Berufen im öffentlichen Dienst, aber auch im Schulbereich,
- fehlende Modernisierung in der Verwaltung, mangelnde Flexibilität wegen nicht ausreichender Ausstattung im IT-Bereich, die sich bis in den Wirtschaftsbereich auswirkt sowie
- Bürokratie-Abbau

Es folgte eine Diskussion zum Thema „Digitalisierung“, in der die Vor- und Nachteile (vor allem für die älteren Mitmenschen), die Gefahren, aber auch die Notwendigkeit angesprochen wurden. Bei der Digitalisierung werde zu wenig Rücksicht auf ältere und behinderte Menschen genommen. Dr. Klitzing versicherte, dass die BAGSO schon Schritte unternommen habe, um Überzeugungsarbeit zu leisten. Außerdem stehe sie in Kontakt mit den Entscheidungsträgern. Die Möglichkeit der Teilhabe müsse sich verbessern.

Zum Schluss wurde auch das Thema „Einsamkeit im Alter“ angesprochen, das durch Corona Aufwind bekommen hat. Hier sei neben der Aktion der Bundesregierung („Einsamkeitsstrategie“) vor allem jeder Einzelne gefragt, der sich um seine Mitmenschen etwas mehr kümmern müsse. Vielleicht könnte aber auch ein kostenloser ÖPNV für Senioren oder günstigerer

Eintritt für Veranstaltungen dem Problem etwas begegnen. Eine weitere Möglichkeit sahen die Teilnehmer/innen auch in der Möglichkeit, Strategien mit den Betroffenen zu entwickeln. „Wir müssen im Austausch miteinander bleiben“, forderte der Referent zum Schluss auf.

Abschließend sprach Christa Nicklas ihren besonderen Dank an alle Seminarteilnehmer aus für ihre große Aufgeschlossenheit und Mitarbeit am Programm sowie das nachhaltige Engagement in den VDR Landesverbänden.

Im Namen aller Teilnehmenden dankte Wilfried Rausch der Seminarleiterin für die seit Jahren bewährte und kompetente Leitung. Auch dieses Mal habe sie die Veranstaltung mit Herzblut und Power „über die Bühne“ gebracht. Grete Rhenius schloss sich den Dankesworten an und erfreute Christa Nicklas noch mit einem kleinen Geschenk aus dem hohen Norden. Das nächste Seminar findet im ersten Halbjahr des kommenden Jahres statt.

*Werner Hillen,
Seniorenvertreter VDR Saarland*

AUS DEN LÄNDERN

→ BADEN-WÜRTTEMBERG

Baden-Württemberg braucht eine starke Realschule und kein zweigliedriges Schulsystem durch die Hintertür

Der Bundesvorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR), Ralf Neugschwender und die Vorsitzende des Realschullehrerverbandes Baden-Württemberg, Dr. Karin Broszat äußern in einem offenen Brief ihr Unverständnis über die vorgesehenen Maßnahmen bei der Anwendung der verbindlichen Grundschulempfehlung sowie bei der Zusammenlegung von Schularten in Baden-Württemberg. Bundes- wie Landesverband fordern die zuständige Ministerin Theresa Schopper daher auf, die angekündigten Maßnahmen noch einmal auf den Prüfstand zu stellen und kein zweigliedriges Schulsystem durch die Hintertür zu schaffen. Die Realschule ist eine eigenständige Schulart in Baden-Württemberg, die bei der verbindlichen Grundschulempfehlung im Übertrittsverfahren abgebildet werden muss. Sie ist ein wichtiger Pfeiler für den wirtschaftlichen Erfolg Baden-Württembergs und muss mit Blick auf das Ziel der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung gestärkt werden. Wir haben den offenen Brief für Sie abgedruckt:

Sehr geehrte Frau Ministerin, liebe Frau Schopper,

gemeinsam wenden wir uns als die Vorsitzenden des Bundesverbandes, dem Verband Deutscher Realschullehrer (VDR), und des Landesverbandes, dem Realschullehrerverband Baden-Württemberg (RLV), an Sie, um unser Unverständnis über die vorgesehenen Maßnahmen bei der Anwendung der verbindlichen Grundschulempfehlung sowie der Zusammenlegung von Schularten zu äußern.

Tagtägliche Rückmeldungen von unseren Kolleginnen und Kollegen an den Realschulen vor Ort, machen uns deutlich, dass große Verunsicherung, aber auch Wut vorherrscht. Als Realschulverbände fordern wir Sie daher auf, die Anwendung und die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung exakt zu klären und unsere Realschulen als eigenständige Schulart zu behandeln. Unsere Schulart muss bei der verbindlichen Grundschulempfehlung im Übertrittsverfahren abgebildet werden. Im Detail ist aus unserer Sicht die 2 aus 3 Regel konsequent beim Übertritt auf das Gymnasium, aber auch auf die Realschule, anzuwenden, und zwar ohne nachträgliche Schlupflöcher, die die Empfehlung der Grundschule und den standardisierten

Leistungstest in Mathematik und Deutsch komplett aushebeln können. Um es aber in diesem Zusammenhang auch klar zu sagen: Die Rückkehr zur verbindlichen Grundschulempfehlung beim Übertritt sehen wir selbstverständlich als richtig an.

Weiter fordern wir Sie auf, die politische Steuerung zugunsten von Verbundrealschulen aus Realschulen und Werkrealschulen, den früheren Hauptschulen, aufzugeben. Mit Blick auf diese Maßnahme können wir nicht mehr erkennen, dass Ihnen die Gleichwertigkeit der beruflichen zur akademischen Bildung wichtig ist. Denn: Mit den nun im Raum stehenden Beschlüssen sehen wir zum einen eine besondere Hervorhebung der Schulart Gymnasium und zum anderen ist durch die Verbundrealschulen eine weitere Absenkung der Schulqualität an den Realschulen zu erwarten.

Wir sind überzeugt: Schulstrukturdebatten lösen keine bildungspolitischen Herausforderungen, sondern schaffen zumeist zusätzliche Probleme. Als VDR und RLV BW stehen wir zur starken Realschule in Baden-Württemberg und lehnen es vehement ab, wenn über die Köpfe der Menschen und von oben herab ein zweigliedriges Schulsystem implementiert werden

soll. Neben bekannten Weltkonzernen und zahlreichen Familienbetrieben hat Baden-Württemberg auch viele mittelständische „Hidden Champions“ aus verschiedenen Branchen der Wirtschaft, die mit ihren Namen und Marken für das Land stehen. Basis für den Erfolg dieser Unternehmen sind vielfach die Absolventinnen und Absolventen der Realschule und die besondere Nähe zur beruflichen Bildung, die unsere Schulart auszeichnet. Es wäre daher fatal für den Wirtschaftsstandort, wenn man jetzt erneut die Realschule in Frage stellt. Schauen wir in den Norden der Republik: In Schleswig-Holstein hat man die Realschule ohne Not abgeschafft und sukzessive auf die Gemeinschaftsschule gesetzt. Bereits im Ländervergleich der IQB-Studie 2018 zeigte sich, dass Bundesländer wie Bayern, die auf ein differenziertes Bildungssystem setzen, stets zu den Gewinnern zählten, während Schleswig-Holstein nur noch mittelmäßige Leistungen hervorbrachte. Fakt ist: Die Gemeinschaftsschule hat die Erwartungen nicht erfüllt und daher wollen viele Menschen im hohen Norden auch die Realschulbildung zurück. In Vergleichstests war Baden-Württemberg früher immer in der Spitzengruppe, in den letzten Jahren sind die Leistungen abgerutscht. Damit das „Ländle“ wieder in die Spitzengruppe kommen kann, braucht es aus unserer Sicht keinen einseitigen Fokus der verbindlichen Grundschulempfehlung auf das Gymnasium oder Schulstrukturdebatten durch die Hintertür, sondern eine starke Realschule vor Ort. Unser Profil hat über Jahrzehnte bewiesen, dass wir die Nähe zur regionalen Wirtschaft besitzen und über die gute Verbindung aus Theorie und Praxis den besten Weg in die berufliche Bildung darstellen. Es ist nicht die Komplexität des Schulsystems, das die Eltern stört, sondern die sukzessive Abschaffung der Realschule.

Wir hoffen, dass Sie als zuständige Ministerin die bisher angekündigten Maßnahmen noch einmal auf den Prüfstand stellen und gemeinsam mit den Lehrerverbänden sowie den Kammern und Wirtschaftsverbänden diskutieren werden.

Aus unserer Sicht ist ein leistungs- und begabungsorientiertes, differenziertes und vielfältiges Bildungswesen die Voraus-

setzung für die gesellschaftliche und berufliche Teilhabe von jungen Menschen. Wir müssen daher die Qualität unserer Schularten stärken. Dabei ist die Realschule ein wichtiger Pfeiler für den Erfolg Baden-Württembergs.

Gerne stehen wir Ihnen für den weiteren Austausch zur Verfügung.

→ BAYERN

Wertebotschafter – eine Aufgabe für die Gemeinschaft

Im Rahmen der Initiative „Werte machen Schule“ des bayerischen Kultusministeriums wurden 27 Schülerinnen und Schülern, darunter Jasmin Miller aus der Conrad-Graf-Preysing Realschule Plattling, aus allen allgemeinbildenden Schularten durch das Bayerische Schullandheimwerk e. V. zur Wertebotschafterin ausgebildet.



Bus- und Lerntutorin, Judo-Trainerin und neuerdings auch Wertebotschafterin: Die 15-jährige Jasmin Miller engagiert sich in vielen Bereichen. An der Plattlinger (Lkr. Deggendorf) Realschule vermittelt sie die Bedeutsamkeit der inneren Werte – und will damit ihre Mitschülerinnen und Mitschüler stärken.

Jasmin nahm an einer intensiven Ausbildungswoche teil, in der sie sich mit Themen wie Wertebildung, Medienerziehung und Projektmanagement auseinandersetzte. Dabei lernte sie nicht nur theoretische Grundlagen, sondern auch praktische Ansätze, wie man Werte im Schulalltag lebendig gestaltet. Diese Schulung befähigt sie dazu, als Wertebotschafterin an

ihrer Schule aktiv zu werden und vielfältige Aktivitäten zu initiieren, darunter z. B. die Gründung einer Werte-AG oder die Organisation und Durchführung von Aktionen und Projekttagen. Dadurch leistet sie einen wertvollen Beitrag zur Förderung von positiven Werten, von respektvollem, fairem und verantwortungsvollem Miteinander und einer harmonischen Schulgemeinschaft. Für Jasmin sind Respekt und Höflichkeit, aber auch Fleiß und Engagement Werte, die sie an ihrer Schule stärken möchte. „Ich finde es toll, wenn Schüler sagen, sie machen gerne was für die Schule!“, bekräftigt Jasmin.

Als nächste Aufgabe wollen sich die Schülerinnen und Schüler mit dem Grundgesetz und den darin festgeschriebenen Grundrechten beschäftigen. Anlass dafür ist der 75. Geburtstag der deutschen Verfassung, die in strengerem Sinne zwar keine ist, jedoch durch die Anerkennung in der Gesellschaft durchaus diesen Stellenwert genießt.

In einem Interview gibt Jasmin einen Überblick über ihre Tätigkeit als Wertebotschafterin.

Hallo Jasmin, wie wird man Wertebotschafterin?

Jasmin Miller: Unsere Schulleiterin Frau Eder hat mir von der Initiative „Werte machen Schule“ und den Wertebotschaftern erzählt. Ich habe die Idee echt cool gefunden und mich dafür beworben. Als es dann zur Ausbildungswoche gegangen ist, ist die Aufregung ganz schön gestiegen.

Waltraud Eder: Jasmin ist als Tutorin in der Nachmittagsbetreuung bei uns, sozial engagiert, in der SMV (Schülermitverantwortung) tätig und schaut als Bus-Tutorin, dass auch im Bus immer alles passt. Sie arbeitet gerne im Hintergrund, ohne laut zu sein. Sie hat viele Ideen und ist diejenige, die macht. Und das gefällt mir so. Sie hat eine Art an sich, die man einfach mögen muss. Und sie kann mitreißen, ohne aufdringlich zu sein. Das zeichnet sie aus. Dass die Bewerbung geklappt hat, hat mich sehr gefreut. Eine von 27 Schülern aus allen Schularten von Niederbayern zu sein, das ist schon eine Hausnummer.

Jasmin, was hast du während der Ausbildungswoche im Schullandheim Habschied gelernt?

Wir haben viel überlegt, was Werte überhaupt sind. Dafür haben wir uns selber Kärtchen mit verschiedenen Werten wie Mut, Fleiß, Ordentlichkeit und so weiter zugeordnet. Wir haben darüber mit Philosophen gesprochen und Diskussionsrunden geführt.

Welche Werte sind hier an deiner Schule am wichtigsten?

Zum Beispiel Respekt und Höflichkeit. Ein respektvoller Umgang miteinander, sich „Guten Morgen“ wünschen, „Bitte“ und „Danke“ sagen. Aber auch Fleiß und Engagement. Ich finde es toll, wenn Schülerinnen und Schüler sagen, sie machen gerne was für die Schule.

Was hat dir am besten gefallen?

Wir haben mit Vertretern vom JFF, das ist das Institut für Medienpädagogik, über Medienerziehung gesprochen. Welche Werte es im Netz überhaupt gibt und ob die immer gut sind, das ist uns anfangs

gar nicht so bewusst gewesen. Dazu haben wir verschiedene Influencerinnen und Influencer genauer unter die Lupe genommen und geschaut, welche Werte sie vermitteln. Wir haben auch einen dreiminütigen Film zum Thema „Werte im Alltag“ gedreht. Zudem haben wir Projekte ausgearbeitet, die wir an unseren Schulen durchführen können. Diese Projekte möchte ich jetzt umsetzen.

Welche Projekte?

Jasmin Miller: Wir beginnen jetzt mit einer Werte-AG, die wird unser Fundament. Ich möchte ein paar engagierte Schülerinnen und Schüler suchen, mit denen man sich dann alle zwei Wochen trifft und Ideen ausarbeitet. Zum Beispiel die Pinke Box, die finde ich richtig cool. Das ist sozusagen ein Kummerkasten. Schülerinnen und Schüler können ihre Sorgen reinwerfen, auch anonym, und bekommen dann eine Antwort zurück. Kleine Mutmacher einfach. Oder das Angebot für ein persönliches Gespräch. Noch eine Idee sind Komplimente im Schulhaus. Da hängen dann Zettel mit Sätzen wie „Dein Outfit war heute richtig schön“. Diese Zettel kann man abreißen und jemandem geben. Natürlich gibt es auch größere Projekte, zum Beispiel einen Wertetag. Jahrgangsstufenweise soll über Werte aufgeklärt werden. Auch im Sportunterricht kann man Werte bewusster miteinbringen, beim Volleyball zum Beispiel ist Teamgeist gefragt – das ist dann sozusagen ein Werte-Spiel.

Waltraud Eder: Ich finde, es ist auch wichtig, dass man den Schülern einfach ab und zu mal sagt, wenn sie etwas gut gemacht haben. Wir Lehrkräfte sind meistens Fehlersuchende. Und klar: Es ist unser Job, zu korrigieren. Aber auch mal zu sagen, „Mensch, das habt ihr echt super gemacht“, ist wichtig. Genauso zweite Chancen zu geben und jemanden nicht direkt wegen eines Fehlverhaltens abzustempeln.

Welche Ziele verfolgst du als Wertebotschafterin, Jasmin?

Auf jeden Fall die Schulgemeinschaft zu stärken, das ist mir ganz wichtig. Und dass Werte in der Schule viel stärker vertreten sind.

Hast du dafür schon Ideen?

Jasmin Miller: Ich habe mir überlegt, ein ähnliches Projekt wie den Film zu starten. Nur als Theater, also ein Werte-Theater. Klassen können dann ein Stück ausarbeiten, in dem verschiedene Werte



dargestellt werden. Das Ganze soll dann der Schule vorgespielt werden. Außerdem habe ich ein Plakat gestaltet, auf dem eine Werteraube drauf ist. Da habe ich die einzelnen Buchstaben des Worts „Werte“ hintereinander in Kreise geschrieben. Meine kleine Schwester meinte: „Das sieht aus wie eine Raupe.“ Und daraus ist diese Idee entstanden.

Waltraud Eder: Die Raupe spiegelt das alles wider. Sie ist jetzt nicht so ganz schnurstracks, sondern ein bisschen behäbig. Sie geht langsamer, es gibt Auf und Abs. Alle haben die Möglichkeit aufzusteigen und mitzukommen. Und irgendwann kommt dann die große Verwandlung zum schönen Schmetterling. Mir hat das total gut gefallen. Wir wollen die Raupe im Schulhaus aufhängen, und mit jedem Projekt weitere Kreise dranhängen, sodass die Raupe immer länger wird.

Jasmin Miller: Ich finde den Effekt so cool. Am Ende des Schuljahres sehen wir dann, wie groß diese Raupe geworden ist und wie viele Werte eigentlich da sind, die man vielleicht oft übersieht.

Warum ist es so wichtig, eine Wertebotschafterin wie dich zu haben?

Viele wissen gar nicht, was Werte sind, und das ist sehr schade. Je mehr Leute die Werte bewusst kennenlernen, verstehen und ausleben, desto schöner wird unser Alltag, auch in der Schule.

Woran merkst du, dass Werte einer Person nicht bewusst sind?

Daran, wie wir Menschen grundsätzlich miteinander umgehen. Besonders die älteren Kinder mit den jüngeren.

Hast du da schon mal etwas beobachtet?

Ja, beispielsweise wenn am Bus oder Kiosk vorgedrängelt wird. Das ist nicht okay und hat auch wieder mit gegenseitigem Respekt zu tun.

Wie würdest du da als Wertebotschafterin reagieren?

Ich würde da schon eingreifen, etwas sagen und darauf aufmerksam machen, dass das nicht okay ist. Ich fände einen Selbstbewusstseins-Workshop auch super, damit sich jüngere oder nicht ganz so selbstsichere Schüler stärker fühlen können. Manche Schulen haben auch Anti-Rassismus-AGs, diese Themen könnte man vielleicht mit unserer Werte-AG verknüpfen.

Was kann man denn tun, wenn man bemerkt, dass eine Mitschülerin oder ein Mitschüler gemobbt wird?

Ich würde versuchen, die Person in meine Freundesgruppe einzubringen. Einfach aufeinander schauen und sich füreinander einsetzen.

Ist in Zukunft noch ein Treffen der 27 Wertebotschafter geplant?

Ja, das war sogar die Idee von Frau Eder und mir. Der Abschied nach der Woche ist uns allen echt schwer gefallen. Und da meine Schule in Plattling relativ zentral in Niederbayern liegt, wäre hier ein guter Treffpunkt. Aber erst, nachdem alles ein bisschen angelaufen ist. Dann können wir uns austauschen und weitere Ideen sammeln. Darauf freue ich mich schon!

Ein Aussteiger berichtet: Ex-Nazi Philip Schläffer gibt an Realschulen in Bayern Einblicke ins Rocker- und Neonazi-Milieu

Rechtsextremismus, Rockerclub und Rotlichtmilieu. Das sind die Stationen im früheren Leben von Philip Schläffer. Er schaffte den Ausstieg aus Kriminalität und Extremismus. Wie er in die Szene geraten ist und vor allem wie er es wieder raus geschafft hat, hat er im Frühjahr authentisch und eindrücklich den Schülerinnen und Schülern an sechs bayrisch-schwäbischen Realschulen vermittelt: von Lindau, über Marktoberdorf, Kaufbeuren, Buchloe, Bobingen bis nach Augsburg. Ermöglicht wurden die Vorträge durch die Unterstützung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und die Thomas-Dehler-Stiftung.



Philip Schläffer (Mitte) mit dem stellvertretenden Schulleiter der Staatlichen Realschule Marktoberdorf Daniel Mair und Ralf Neugschwender

Anschaulich und ohne Beschönigungen erzählte Schläffer den gebannt zuhörenden Neuntklässlern aus seinem Leben. Dass die Botschaften bei den Schülerinnen und Schülern (aber auch bei den anwesenden Lehrkräften) ankamen und die Gefahr, die von Extremismus ausgeht, deutlich wurde, zeigte sich unter anderem daran, dass es 90 Minuten lang mucksmäuschenstill war und man „keine Stecknadel“ hätte fallen hören können.

Weitere Informationen zu Philip Schläffer und seinem Vortragsangebot finden Sie auf der Website von Extremislos e. V. Der Verein bietet Prävention, Information und Rehabilitation rund um die Themen Extremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit.



Im Folgenden finden Sie einen Bericht der Schülerin Lea Csasar von der Heinrich-von-Buz-Realschule in Augsburg. Sie schildert darin ihre Eindrücke vom Vortrag von Philip Schläffer.

HASS – MACHT – GEWALT

„Ich habe mich schon früh als Neonazi bezeichnet (...) und habe Menschen in Rassen eingeteilt (...)“ – so begann der bewegende Vortrag von Philipp Schläffer, der

am 12. April 2024 zu Besuch an der Heinrich-von-Buz Realschule war. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Schulleiter Reiner Wendlinger startete Philipp Schläffer mit seinen mitreißenden Erzählungen. Von Anfang an gelang es dem Aussteiger aus der Neonazi- und Rocker-Szene den Schülerinnen und Schülern mit seiner lockeren Art, coolen Sprüchen und emotionalen Statements seine unglaublich bewegende Lebensgeschichte näher zu bringen.

Philipp Schläffer wuchs in Lübeck auf. Seine Kindheit beschrieb er als schön, mit liebevollen Eltern und Großeltern und einer wohlhabenden Familie. Als sehr einschneidend und prägend für seine Zukunft sei der Umzug nach England mit 10 Jahren gewesen. Er fühlte sich in dem neuen Land zunächst verloren und entwurzelt, konnte sich aber nach und nach integrieren. Als die Familie nach vier Jahren wieder nach Deutschland zurückkehrte musste er zum zweiten Mal Freunde zurücklassen und wurde erneut aus seinem sozialen Umfeld gerissen. Er beschrieb einerseits seine große Wut und Aggression, vor allem seinen Eltern gegenüber andererseits seinen weiteren Weg, der immer radikaler wurde.

So begann er mit Kampfsport, wurde gewalttätig, bewaffnete sich mit Messern und Schusswaffen und kam mit der Polizei und sogar dem SEK in Konflikt. Er wollte unbedingt anders und nicht mehr Teil des allgemeinen bürgerlichen Lebens sein. Er fand dann Anschluss in der Neonazi-Szene. In den folgenden Jahren eröffnete er Neonazi-Läden, produzierte rechtsextreme Musik und gründete Kameradschaften. Den gebannt zuhörenden Schülerinnen und Schülern erzählte er von seiner Gewalt, seinen damaligen Gefängnisaufenthalten und sogar von einem Mord innerhalb seiner Kameradschaft. Dies war für ihn der Wendepunkt. Er stieg aus seiner Kameradschaft aus und gründete einen kriminellen Motorclub, der letztendlich von der Polizei verboten wurde. Während des anschließenden Gefängnisaufenthalts

habe er jedoch durch eine Pastorin und seine Eltern viel Zuwendung und Rückhalt erfahren und konnte seinem kriminellen und gewalttätigen Leben so den Rücken kehren.

Am Ende seines emotionalen Vortrags ermutigte Philipp Schläffer die Neuntklässler auf jeden Fall einen anderen Weg einzuschlagen. Ein radikaler Lebensweg – egal ob rechtsextrem, linksextrem oder islamistisch – zerstöre nicht nur das eigene sondern auch das Leben der Familie und Freundschaften. Zuletzt forderte er die Schülerinnen und Schüler auf „Ich glaube an Euch, lasst Euch nicht verführen!“

Lea Csasar

Schülerzitate aus der Klasse 9e:

„... krasse Geschichte, die er erlebt hat. Das war wie in einem Film.“

„Die Art wie er gesprochen hat, hat mich mitgenommen.“

„Er hat so ehrlich und mutig über seine schlechten Seiten berichtet. Die Videos und Bilder waren sehr bewegend!“

„Sein Vortrag war sehr fesselnd und überhaupt nicht langweilig (...).“

„Er hat mir gezeigt, dass es nicht immer gut ist, ein Gangster zu sein. Er hat dafür sein Leben aufgegeben, hat aber seine Fehler eingesehen.“

Realschuldirektor Reiner Wendlinger und Philip Schläffer an der Heinrich-von-Buz-Realschule in Augsburg





→ HESSEN

„Demokratie“ – Statements zum 75. Jubiläum des Grundgesetzes

Anlässlich des 75. Jahrestags des Deutschen Grundgesetzes hatte der VDL Hessen seine Mitglieder dazu aufgerufen, Statements zum selbigen abzugeben. Einige Rückmeldungen kamen, sodass es im Bereich Social Media eine Aktionswoche zum Grundgesetz gab.

Die hessische Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte Nadine Paulus ließ es sich nicht nehmen, das Grundgesetz in Bezug auf die Rolle der Frauen unter die Lupe zu nehmen. Sie stellte fest, dass das Grundgesetz eine der größten Errungenschaften der Bundesrepublik ist, da es den Schutz unserer freiheitlich demokratischen Grundrechte sichert. Dank der Hartnäckigkeit der vier „Mütter

des Grundgesetzes“ im damaligen Parlamentarischen Rat, allen voran Elisabeth Selbert, enthält es in Art. 3 (2) auch den einfachen Satz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“. Als Juristin legte Selbert großen Wert auf eine Gleichbehandlung in allen Bereichen statt bloß in Bezug auf die staatsbürgerlichen Rechte. Wie weitreichend und weitsichtig, vor allem aber mutig gegen alle Widerstände dies zum

damaligen Zeitpunkt war, wissen heute leider nur noch wenige. Schauen wir uns aber die aktuellen Debatten um Gender Pay Gap und die Verteilung der Care Arbeit in der Gesellschaft an, wissen wir, woran wir weiterzuarbeiten haben. Weiter heißt es an o. g. Stelle: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Solange es dieses Wortlauts bedarf, haben wir unser Ziel noch nicht erreicht.



Hessen wählte neue Personalratsgremien

Das vergangene halbe Jahr wurde geprägt von den Vorbereitungen der hessischen Personalratswahlen. Dort trat der VDL zusammen mit dem Hessischen Philologenverband und dem Gesamtverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen als Deutscher Lehrerverband Hessen (dlh) an. Die Ergebnisse der Wahlen waren alles in allem

hessenweit enttäuschend für die dbb-Verbände, da die GEW auch weiterhin die absolute Mehrheit in den Gesamt- und Hauptpersonalratsgremien stellt. Für die Zeit bis zu den Sommerferien gilt es nun, die Ergebnisse zu analysieren und daraus Schlüsse für die Arbeit in den verschiedenen Gremien zu ziehen.

→ NORDRHEIN-WESTFALEN

Wahlkampf-Endspurt

Bei den Personalratswahlen 2024 will lehrer nrw die guten Ergebnisse der letzten Wahl vor vier Jahren bestätigen oder sogar verbessern. Beim Vertrauenslehrertag im Düsseldorfer Clayton Hotel am 26. Februar stimmten sich knapp hundertw Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf den Endspurt ein. Der lehrer nrw-Vorsitzende Sven Christoffer stellte in seiner Rede die Wahlkampf-Kampagne vor, die inhaltlich vor allem die Themen Gewalt, Gehalt und Gesundheit in den Fokus rückt.

NULL-TOLERANZ BEI GEWALT

Das Thema „Gewalt gegen Beschäftigte an Schulen“ gewinne in beängstigender Weise an Bedeutung, betonte Christoffer: „Grenzen werden an unseren Schulen tagtäglich überschritten.“ lehrer nrw steht für eine Null-Toleranz-Politik. Ein Angriff auf Einzelne muss immer auch als ein Angriff auf die gesamte Schulgemeinde begriffen und sanktioniert werden. Eine solche Haltung braucht aber eine konsequente Rückendeckung durch den Dienstherrn – und sowohl juristische als auch seelsorgeische Begleitung im Fall der Fälle. Zu diesem Zweck müssen dringend landesweit behördliche Strukturen geschaffen werden, forderte Christoffer und verwies auf erste Erfolge, die vor allem auf Druck des lehrer nrw-geführten Hauptpersonalrats Realschule erreicht wurden. „Vom Ministerium erwarte ich ein klares Bekenntnis zur Null-Toleranz-Politik und dass all jenen Schulleitungen ausdrücklich der Rücken gestärkt wird, die diese Null-Toleranz-Politik an ihren Schulen leben“, so der Verbandsvorsitzende. „Die Menschen, die in unseren Schulen arbeiten, haben einen sicheren Arbeitsplatz verdient, und lehrer nrw wird sich weiterhin beharrlich für dieses Ziel einsetzen.“

Rund 100 Vertrauenslehrerinnen und Vertrauenslehrer waren der Einladung nach Düsseldorf gefolgt und erlebten einen spannenden und informativen Einstieg in den Endspurt zur Personalratswahl.



Fotos: Smets

NUR EINE GESUNDE LEHRKRAFT IST EINE GUTE LEHRKRAFT

Das Thema „sicherer Arbeitsplatz“ fügt sich nahtlos ein in das noch umfassendere Thema „gesunder Arbeitsplatz“. Denn nur eine gesunde Lehrkraft ist eine gute Lehrkraft. Dauerstress und Überforderung infolge permanenter Überlastung, ausufernder Bürokratie und fehlender Ressourcen führen zu Demotivation, Frust und nicht selten in die Krankheit. Und damit in eine Verschärfung des Lehrkräftemangels. Fatal ist in diesem Zusammenhang, dass der Politik, um eben diesen Mangel zu bekämpfen, wenig mehr einfällt, als das Bestandspersonal noch weiter zu belasten – zum Beispiel durch Beschränkung der Teilzeitmöglichkeiten, führte Christoffer aus.

Diese Beschränkungen seien jedoch das völlig falsche Signal. Wer die Kolleginnen und Kollegen gegen ihren Willen in die Vollzeit dränge, erhöhe den Druck massiv und somit die Gefahr der Überforderung. Eine steigende Zahl von Überlastungsanzeigen sei Ausdruck dieses Problems. „Hier sollte ein fürsorglicher Dienstherr Abhilfe schaffen – statt weiter an der Belastungsschraube zu drehen. Ministerieller Druck ist nicht die Lösung, sondern das



Gewalt – Gehalt – Gesundheit: Der Verbandsvorsitzende Sven Christoffer stellte in einer kämpferischen Rede die zentralen Wahlkampfthemen von lehrer nrw vor.

Problem. Die Strategie, diejenigen, die noch stehen können, einfach noch mehr und noch länger arbeiten zu lassen, muss und wird scheitern“, erklärte Christoffer unter dem Beifall des Publikums.

SCHIEFLAGE BEIM GEHALT

Auch beim Thema „Gehalt“ gibt es Nachbesserungsbedarf. Zwar hat das Parlament im Sommer 2023 endlich das Gesetz zur Anpassung der Lehrkräftebesoldung verabschiedet, das die schrittweise Anhebung der Einstiegsbesoldung der Lehrkräfte im Bereich der Primarstufe und der Sekundarstufe I nach A13 bzw. EG13 regelt. Doch gut gemeint ist nicht immer gut gemacht: Denn nun stellt sich für Lehrkräfte in Funktions- und Leitungsämtern die Frage nach dem Abstandsgebot. Und Lehrkräfte im ersten Beförderungsbereich, ebenso wie Fachleitungen, fragen zu Recht: „Wenn das Eingangsamt jetzt A13 wird, was ist dann mit mir?“. „Kurzum: Die Sache ist nicht zu Ende gedacht. lehrer nrw fordert deshalb eine Besoldungsanhebung für Lehrkräfte im 1. Beförderungsbereich, in Funktions- und Leitungsämtern sowie Funktionsstellen für Fachleitungen im Sek-I-Bereich“, unterstrich Christoffer.

LEISTUNGSKULTUR STATT SPASSKULTUR

Der Verbandsvorsitzende mahnte außerdem eine Rückbesinnung auf Bildungsqualität und Leistung an. Hier habe es

in der Vergangenheit eine bedenkliche Entwicklung gegeben: „An die Stelle der Leistungskultur ist eine Spaß- und Wohlfühlkultur getreten. Darf und sollte man Leistung überhaupt noch messen? Braucht es wirklich Noten? Grenzen Wettbewerb und Wettkampf nicht zu viele Kinder und Jugendliche aus? Verlangen wir den Schülern nicht zu viel ab? Lernen muss vor allem Spaß machen und wer diese Auffassung nicht teilt, der ist ein Steinzeitpädagoge“, kritisierte Christoffer und ergänzte: „Ja, auch ich bin der Auffassung, dass Lernen Spaß macht, aber der Spaß steht am Ende und nicht am Anfang. Am Anfang

steht nämlich die Anstrengung und die Erkenntnis, dass der Weg zu Erfolg und Leistung auch mit Anstrengung, Fleiß und Mühe verbunden ist. Und wenn sich der Erfolg dann einstellt, sind auch Spaß und Freude garantiert und ein gesteigertes Selbstwertgefühl. Aber eben am Ende des Prozesses und nicht am Anfang.“

NEUE WEBSITE

Nach der Vorstellung des Ablaufs und der Regularien der Personalratswahl durch Olaf Korte, Vorsitzender des Hauptwahlvorstandes Realschule, folgte ein weiteres Highlight: Durch einen Druck auf den

„roten Knopf“ schalteten Tagungsleiter Thorsten Schmalt und Manfred Berretz, Referatsleiter Internet, die neue Wahlkampf-Website von lehrer nrw frei. Sie bietet unter <https://wahlen2024.lehrer-nrw.de/> einen umfassenden Überblick über Themen, Inhalte, Kandidatinnen und Kandidaten sowie Ergebnisse der Wahl.

Jochen Smets

→ RHEINLAND-PFALZ

75 Jahre Grundgesetz – „Schule muss Demokratie leben“

Für eine demokratische Werteorientierung an Schulen hat sich kürzlich der Landesverband Reale Bildung (VRB) eingesetzt. Darüber, wie das im Schulalltag aussehen kann und worauf es ankommt, sprach Bernd Karst, Pressesprecher und Ehrenvorsitzender des VRB Rheinland-Pfalz im Interview mit der Allgemeinen Zeitung Mainz.



Herr Karst, die aktuellen Schwierigkeiten bei Demokratievermittlung und -akzeptanz werden oft kritisch in Bezug gesetzt zu einem jahrzehntelang zu laxen Umgang der bundesrepublikanischen Gesellschaft mit der Demokratiebildung. Hat es da auch in den Schulen Versäumnisse gegeben?

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Begriff „Politik“ vermieden. Von „Gemeinschaftskunde“ war die Rede. Bei wenigen Unterrichtsstunden war auch nur wenig Raum für politische Bildung. Diese be-

schränkte sich oft auf Institutionenkunde. Partizipationsmöglichkeiten wurden kaum ausgeleuchtet. Mit der Bedrohung durch den Rechtsextremismus ging ein Umdenken einher. In einer Verwaltungsvorschrift von 2019 wurde die Zahl der Sozialkundestunden von drei auf fünf angehoben.

Worauf soll denn Demokratiebildung bei Kindern und Jugendlichen abzielen?

Demokratie kann man nicht auswendig lernen. Es geht um Erkenntnisse und nicht bloße Kenntnisse, es geht um die Einsicht

in die Chancen demokratischer Prozesse durch Partizipation und Mitbestimmung. Und zwar auch in der Schule selbst. Allerdings haben Erziehung in Schule und Elternhaus heute starke Konkurrenz durch Social Media. Der Einfluss von außen ist unkontrollierbar.

Wo lernen Kinder und Jugendliche Demokratie und demokratisches Verhalten?

Eine lebendige Demokratie setzt voraus, dass junge Menschen sie von Kind an als Lebensform erleben, sie einüben, gestalten und weiterentwickeln können. Das Elternhaus trägt dabei die erste und prägende Verantwortung. Die Schule hat den Auftrag, im Unterricht und darüber hinaus in allen Bereichen des Schullebens demokratisches Leben und Handeln zu ermöglichen.

Wie fördern die Lehrkräfte die Demokratiebildung in der Unterrichtspraxis?

Demokratiebildung ist eine Aufgabe, die hohe Anforderungen an die Lehrkräfte stellt. Auf die Praxis bezogen heißt dies: Ein guter Unterricht braucht gut qualifizierte Lehrkräfte. Demokratiebildung darf sich auch nicht nur auf den Sozialkundeunterricht beschränken. Demokratiebildung versteht sich als fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip. Nehmen wir den Mathematikunterricht. Hier bietet es sich an, Statistiken hinsichtlich ihrer Aktualität, Genauigkeit und Unvergleichbarkeit zu untersuchen. Handelt es sich um eine absichtlich falsche Darstellung oder um eine fehlerhafte Interpretation?

Wie soll Schule im Angesicht von Krisen und Konflikten reagieren?

Mit Blick auf die Weltpolitik wird deutlich, welche Folgen ein „Ein-Mann-Regime“ hat. Je stärker sich ein Ego aufbläht und seinem Größenwahn freien Lauf lassen kann, desto größer ist die Gefahr für die Gesellschaft und den Weltfrieden. Die Themen können an der Schule nicht vorbeigehen. Im Gegenteil, sie müssen im Unterricht aufgegriffen werden. Wünschenswert ist es, dass die Schüler nach eigener Überzeugung zur Erkenntnis gelangen, dass die Demokratie zwar eine komplexe Staatsform ist, aber eine Verfassung besitzt, die allgemeine, persönliche und politische Rechte garantiert, mit fairen und unabhängigen Gerichten.

Welche Vorbildfunktion hat die Schule hinsichtlich der Demokratiebildung?

Schule sollte Räume geben zur Einübung von Toleranz, demokratischer Gesinnung und demokratischer Verhaltensweisen, schließlich auch zur moralischen Verantwortung für das Gemeinwesen. Im Unterricht gelten Prinzipien wie Meinungsfreiheit, Respekt und Toleranz. Demokratiebildung zielt auf politische Sachkompetenz, Urteilskompetenz und Handlungskompetenz. Letztlich geht es darum, Kinder und Jugendliche in ihrem Engagement für den demokratischen Rechtsstaat und ihrem entschiedenen Eintreten gegen antidemokratische und menschenfeindliche Haltungen und Entwicklungen zu stärken.

Das Interview führte Michael Lang. (Hier Auszüge aus dem Beitrag der AZ vom 20.03.2024)



Tipp für die Unterrichtsgestaltung: Hinter den QR-Codes sind ein PDF mit zehn Fragen zum Thema Grundrechte sowie ein Antwortkatalog zu den Fragen hinterlegt.

→ SAARLAND

VRB zur Polizeistatistik 2022 Gewalt gegen Lehrkräfte im Saarland

Immer wieder erreichen uns durch Pressemitteilungen aber auch z. T. durch Erfahrungen oder Mitteilungen aus dem eigenen Umfeld Informationen, in denen es immer wieder um bedenkliche Entwicklungen geht, in denen psychische und physische Gewalt eine große Rolle spielt.

Leider spiegelt die Statistik die negativ spürbare Entwicklung in unseren Schulen wider. Es ist allerdings davon auszugehen, dass die Dunkelziffer höher ist, da es ja kaum bis zögerlich Hinweise zu einer offiziellen Meldung von Vorfällen gibt. Natürlich ist Gewalt gegen Lehrkräfte nicht der Regelfall und eine Anzeigenbereitschaft beinhaltet viele persönliche Abwägungen. Nicht außer Acht zu lassen ist auch der schulische Hintergrund: Ein guter Ruf der Schule erleichtert den Eltern die Entscheidung, ihr Kind in dieser Schule anzumelden. Jede Schule freut sich über regen Zuspruch.

Lehrkräfte erleben seit einiger Zeit eine gefühlte und eben nun bestätigte Zunahme an Verhaltensweisen von Schülern gegenüber Lehrpersonal und anderen in Schule tätigen Menschen, die als negativ zu bezeichnen sind.

Schüler mit z. B. geringerer Frustrationstoleranz können ihr Verhalten nur schlecht kontrollieren. Dies geschieht gegenüber den Mitmenschen. Verbale Beleidigungen gegen Lehrkräfte sind kein seltenes Phänomen. Häufig kommen Schüler zur

Schule, nachdem sie im privaten Bereich mit anderen Auseinandersetzungen zu tun haben und lassen das dann im schulischen Bereich aus. Hier spielen gerade auch soziale Medien eine unrühmliche Rolle.

Gewaltforscher Andreas Zick äußerte vor einiger Zeit: „Sie teilen Hassbilder, Vorurteile, bekommen im Elternhaus eine Rechtfertigung durch missachtende und respektlose Bilder des Lehrpersonals ...“ Selten können Lehrkräfte den Einfluss der Elternhäuser analysieren. Vielfach gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den Eltern oft schwierig oder ist gar nicht vorhanden. Sicherlich gibt es hier regionale Unterschiede. Auch Sprachbarrieren erschweren Elterngespräche.

Lehrkräfte müssen bei ihren Aufsichten umsichtig entstehende Konflikte erkennen, manchmal auch ohne die Sprachtiranen zu verstehen und einordnen zu können. Im Streitfall ermöglicht die Handynutzung durch betroffene Schüler einen schnellen Kontakt mit der Familie oder Verwandtschaft. Nicht immer erfolgt damit eine ruhige und am Konflikt angemessene Lösung des Problems. Das ak-

tuelle Beispiel hierzu zeigte der Vorfall in Neunkirchen vom 2.3.2024. Frei zugängliche Schulhöfe und Schulgebäude bieten hierbei wenig Schutz der Lehrer- und Schülerschaft. Es gibt auch immer wieder Vorfälle mit Pfefferspray (Reizgas). Nicht alle Vorfälle gelangen in die Presse, wie der aus Blieskastel vom 22.1.2024. Lehrkräfte und Schüler wurden u.a. dabei auch verletzt. Solche Vorfälle sind starke Belastungsfaktoren für alle.

Wie sollen vorbeugende Maßnahmen durch die Schule ergriffen werden?! Hier fehlen eben auch Ressourcen und Möglichkeiten. Jede Lehrkraft weiß, wie wichtig eine gute Beziehungsarbeit ist. Aber sie wird massiv durch den zunehmenden Lehrermangel, mangelnde Zeitressourcen, unvollständiger Aufbau multiprofessioneller Teams und mangelnde Zusammenarbeit verschiedener Ämter aus Datenschutzgründen beeinflusst.

In der Schule spiegelt sich die aktuelle Entwicklung der Gesellschaft wider. Ohne weitere Schaffung und Anpassung von präventiven aber auch wirksamen adäquaten Maßnahmen im Akut Fall, wird die Schule zunehmend zu einem schwierigen Arbeitsplatz.

Oberschullehrertag 2024 – Was Lehrern ihre Kraft raubt und wie sie ihre Lehrkraft wiedergewinnen

Der Oberschullehrertag am 3. Mai 2024 in Dresden markierte das Ende des erfolgreichen Fachverbandsvorsitzes von Petra Müller und einen Neubeginn für sie im Seniorenverband. Sie war Mitbegründerin des SLV am 3. April 1990. Für den Fachverband Oberschule legte sie mit ihren Vorstandmitgliedern den Grundstein für das umfangreiche Positionspapier, das die zukünftige Arbeit bestimmen wird.



Der neue Vorstand des Fachverbandes Oberschule

LEHRKRÄFTEMANGEL – WAS LEHRERN IHRE KRÄFTE RAUBT

Eröffnet wurde der Tag mit einer Bestandsaufnahme durch Anja Stephan vom Fachreferat Oberschule. Sie wählte als Einstieg den Hinweis auf den guten Verlauf der Schriftlichen Prüfungen. Ausgehend von der Diagnose, dass an allen Oberschulen aufgrund des Lehrkräftemangels eine herausfordernde Situation herrscht, dankte sie allen Oberschullehrerinnen und Oberschullehrern für ihr Engagement und ihre Arbeit. Im weiteren Verlauf zeigte sie drängende Probleme auf, die sich immer wieder um den Lehrkräftemangel drehen, und benannte gleichzeitig mögliche Lösungsansätze, die wiederum das Grundproblem des Lehr- und Fachkräftemangels nur bedingt lösen können. Positiv erscheint, dass die Lösungsansätze weitgehend den Forderungen des Fachverbandes Oberschule entsprechen.

Anja Stephan stellt fest, dass das Lehrervermögen nicht ausreicht. Der Grundbereich sei nicht abgedeckt, am dramatischsten in Ost- und Westsachsen.

Der Ergänzungsbereich sei überhaupt nicht abgedeckt. Ihre Ausführungen werden durch Wortmeldungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer unterstrichen. Beispielsweise führt der Lehrermangel an Oberschulen kurzfristig zu einer Kürzung der Stundentafel im Schuljahr und langfristig dazu, dass Prüfungen im Mündlichen Bereich nicht angeboten werden können, weil die Fächer nicht im erforderlichen Umfang unterrichtet werden. Durch die Reduzierung des Unterrichtsangebots und der möglichen Mündlichen Prüfung wird auch die Ausbildungs- und Berufsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler gemindert und der Übergang zum Gymnasium erschwert. Dies wirkt sich schließlich auf die Schulanmeldung aus. Es erscheint nachvollziehbar, dass Eltern ihre Kinder dann eher nicht an der Oberschule anmelden.

LÖSUNGSANSÄTZE

Anja Stephan stellt folgende Lösungsansätze vor. Zum einen sollen die Unterstützungs- und Assistenzsysteme weiter ausgebaut und die Finanzierung dafür gesichert werden. Auch hier wird angemerkt, dass die Stellen nachhaltig und somit un-

befristet sein sollten. Außerdem sollte es Unterstützungsmaßnahmen für die Einarbeitung der Assistenten geben, da sonst die versprochene Entlastung zu einer Mehrbelastung für die Bestandslehrkräfte wird. Nachgefragt wurde auch nach den Unterstützungsfachberatern im Bereich Digitales, die beim vergangenen Oberschullehrertag 2023 angekündigt wurden. Die Fachberater für Digitales, von denen 100 ausgebildet wurden, sind für alle Standorte eingesetzt. Offenbar sind sie aber kaum bekannt oder über das Schulportal erreichbar. Jedenfalls findet man sie weder bei der Zuordnung der Fachberater zur eigenen Oberschule noch über die Suchfunktion des Schulportals.

Zum anderen werden Modelle zur Regionalisierung der Lehramtsausbildung erprobt. Die Universität Leipzig bietet in Görlitz/Zittau ein Lehramtsstudium mit dem Förderschwerpunkt Lernen an. Die Studienplätze sind zunächst begrenzt, sollen aber sowohl hinsichtlich der Studienplätze als auch der Förderschwerpunkte und Fächer ausgebaut werden. Die Universität Dresden wirbt mit Praxisphasen in Ostsachsen. Ein duales Studium wird auf Nachfrage vorerst ausgeschlossen, da Lehramtsstudierende das Studium zwar beginnen, dann aber abbrechen und auch der finanzielle Anreiz nicht motivierend wirken würde. Weitere Themen waren der Ausbau der Berufsorientierung sowie Bildungsland 2030 und das Startchancenprogramm.

NEUWAHL UND VERABSCHIEDUNG

Nach dem Rechenschaftsberichts wurden die Neuwahl des Fachverbandes Oberschule durchgeführt. Gewählt wurden Madeleine Helbig, Britta Schmidt, Kristiane Dürr, Conny Klee, Edda Pfützner, Antje Bräuer, Silvia Hanse-Pultar, Thekla Marek und Robin Schönherr. Eine Arbeitsgruppe bestehend aus Michael Jung, René Michel, Anne Pitsch, Clemens Kuche, und Sebastian Löps wurde initiiert.

Mit denkwürdigen Reden und musikalischen Beiträgen wurde Petra Müller verabschiedet. Michael Jung hebt ihr Engagement und ihren unermüdlichen Einsatz auf Landes- und Bundesebene für die Belan-



ge der sächsischen Lehrkräfte und das Schulwesen hervor. Rita Kiriasis-Kluxen schließt sich an und würdigt ihre berufs- und bildungspolitischen Verdienste für den SLV. Sie habe in 34 Jahren Arbeit ein Netz geknüpft, das alle Mitstreiterinnen und Mitstreiter im gemeinsamen Kampf für die Interessen der Lehrkräfte fest verbinde. Diesen gemeinsamen Faden nimmt sie auf und begrüßt Petra Müller in der Seniorenvertretung.

ZUKUNFTSPERSPEKTIVE - WIE SIE IHRE LEHRKRAFT WIEDER GEWINNEN

Einen inhaltlichen Faden nimmt der neu gewählte Vorstand auf. Mit Leidenschaft und Schaffenskraft hat die bisherige Vorsitzende ein Fundament gelegt, das sich auch im aktuellen Positionspapier der Fachgruppe Oberschule wiederfindet. Die Kernaufgabe der Lehrerinnen und Lehrer ist das Unterrichten. Durch die hohe Arbeitsbelastung (durch die Folgen der Corona-Pandemie, den akuten Lehrkräftemangel, das immer vielfältigere Aufgabenspektrum) fühlt sich die Mehrheit der Lehrerinnen und Lehrer stark belastet. Insbesondere die Arbeitszeit überschreitet das vertretbare Maß. Notwendig sind daher Entlastungsmaßnahmen wie der nachhaltige Ausbau und die Etablierung von Unterstützungssystemen und multiprofessionellen Teams, die Verbindlichkeit von Korrekturtagen sowie die transparente und angemessene Verteilung von Stunden für den zusätzliche Einsatz von Lehrkräften mit besonderen Aufgaben. Die Fürsorgepflicht der Schulleitungen sollte im Sinne der Gesunderhaltung der Lehrkräfte in angemessenem Umfang in

der beruflichen Praxis umgesetzt werden. Die Reduktion der Arbeitsbelastung sollte nicht vom Wohlwollen oder Führungsstil einer Schulleitung abhängen oder allein vom Handlungsspielraum des Örtlichen Personalrates, der z.B. Korrekturtage in einer Dienstvereinbarung einheitlich und transparent auf Schulebene aushandeln kann.

Zweitens sollte die Qualität des Unterrichts nicht weiter durch den Lehrermangel beeinträchtigt werden. Die Bildungsinhalte der Oberschule mussten in den letzten Jahren zunehmend gekürzt werden, weil Unterricht planmäßig gestrichen wurde oder im Schuljahr ausfallen musste. Auch das Niveau der Prüfungen ist gesunken. Die Schülerinnen und Schüler erwerben damit nicht mehr die notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten, um erfolgreich am Berufs- und Arbeitsleben teilnehmen zu können. Wir setzen uns daher für die Regionalisierung der Lehrerbildung, die vollständige Umsetzung der Studentafel und den Erhalt des Bildungsniveaus ein. Letzteres ist besonders wichtig, da Ausbildungsberufe wie z.B. Elektriker oder Klempner die Grundlage für das Funktionieren unseres gesellschaftlichen Alltags sind.

Drittens die Beibehaltung der äußeren Differenzierung durch verschiedene Schularten (Förderschule, Oberschule, Gymnasium). Hartmut Esser stellt dazu fest, dass Bundesländer wie Sachsen und Bayern mit einer strikten Differenzierung ein höheres Leistungsniveau, weniger Bildungsarmut und mehr Bildungsgerechtigkeit erreichen als Bundesländer mit offenen Regelungen wie Hessen und Nordrhein-Westfalen.

Aus Kontinuität und Bewährtem schöpfen wir Kraft. Aber auch aus Kreativität, die neue Ziele findet, Mittel braucht und Wege sucht. Kommen Sie mit uns ins Gespräch, engagieren Sie sich, denn mit vereinten Kräften, schultern wir die Last, solange sie nicht zur Belastung wird. Ich danke allen Mitgliedern des Fachverbandes Oberschule für ihren Einsatz bei der Organisation und Durchführung des Oberschullehrertages und allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die Diskussionsbeiträge. Süffisant endet der Oberschullehrertag mit Jan Lipowski, der in poetischer Rotweinlaune in einer multimedialen Lesung mit Karikaturen von Uwe Krumbiegel verschiedene Möglichkeiten aufzeigt, wie der „graue (Schul-)Alltag lächelnd erträglich wird“.

LÄNDERSPIEGEL

→ BAYERN



Ulrich Babl

„Wertschätzung statt Lehrer-Bashing! Attraktive Rahmenbedingungen statt bloßer Lippenbekenntnisse! Entlastung statt Mehrarbeit!“ forderte der brlv Mitte März anlässlich des erneut verzeichneten Rückgangs bei der Anzahl der Abiturientinnen und Abiturienten, die sich für ein Lehramtsstudium an allen bayerischen Schularten entscheiden. Vorsitzender Babl benannte dabei vielschichtige Ursachen für den Interessensrückgang und forderte Entschlossenheit bei der Umsetzung politischer Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung und Verbesserung der Rahmenbedingungen an den Schulen. „Es ist besorgniserregend, dass trotz der sehr guten Einstellungsperspektiven im Lehrberuf die Zahl der Studierenden zurückgeht. Die Politik muss einen Gang hochschalten und dringend ihre Anstrengungen verstärken, um die Rahmenbedingungen für angehende Lehrkräfte attraktiver zu gestalten. Das fordern wir seit langem und immer wieder mit konkreten Maßnahmenvorschlägen. Aber auch die Gesellschaft und die Medien sind in der Pflicht“, betonte Babl.

Auch zum Thema Desinformation und Mobbing durch Deepfakes äußerte sich der brlv und bot als Unterstützungsangebot für die Schulfamilie einen Artikel zum Umgang mit Deepfakes und praktische Tipps für den Unterricht von KI-Experte Kai Wörner als Download an. Hinsichtlich Deepfakes und möglichen Risiken und Gefahren müsse die Schulfamilie sensibilisiert und aufgeklärt, die Medienkompetenz müsse gestärkt werden: „Wir müssen Schülerinnen und Schüler gezielt auf einen kritischen Umgang mit manipulierten,

KI-generierten Informationen sowie über soziale Medien verbreitete Bilder und Videos vorbereiten und ihre Medienkompetenz stärken. Immerhin nutzen laut einer aktuellen Studie 74 Prozent der 14- bis 20-jährigen Schülerinnen und Schüler regelmäßig KI-Systeme im Alltag, fast 60 Prozent wünschen sich, dass der Umgang mit KI fester Bestandteil des Unterrichts wird*. Voraussetzung dafür ist, dass auch die Lehrkräfte über entsprechend umfassende Kompetenzen für den Einsatz von KI im Unterricht verfügen. Dazu gehört auch, KI-generierte Inhalte einordnen und bewerten zu können. Dafür braucht es mehr adäquate Fortbildungsangebote“, fordert der brlv-Vorsitzende Babl in einer Pressemitteilung.

Dass alle Bildungsgänge im differenzierten Schulsystem Chancen bieten und gleichermaßen Wertschätzung verdienen, betonte der brlv anlässlich der aktuellen ifo-Bildungsstudie „Ungleiche Bildungschancen: Ein Blick in die Bundesländer“. Der brlv kritisierte das eindimensionale Verständnis von vermeintlich gerechten Bildungschancen und lehnte die Handlungsoptionen zur Verlängerung der Grundschulzeit und zum zweigliedrigen Schulsystem entschieden ab: „Mit allen Schulabschlüssen, die in Bayern erworben werden können, ist ein erfüllter und erfolgreicher Lebensentwurf realisierbar“, so Vorsitzender Babl. Differenzierte Bildungswege dürften dem brlv zufolge nicht abqualifiziert und schlechtgeredet werden. Dies würde den Fachkräftemangel weiter verschärfen und das stabile Rückgrat der bayerischen Wirtschaft – die kleinen und mittelständischen Unternehmen – schwächen. Die Ergebnisse großer Ländervergleichsstudien wie dem IQB-Bildungstrend zeigten hinsichtlich der in der Studie enthaltenen Handlungsoptionen

zudem, dass ein differenziertes Schulsystem zu höheren Bildungsstandards führe. Ein Vergleich des kleinsten Bundeslandes Saarland mit dem Flächenland Bayern sei in diesem Zusammenhang nicht zielführend, da dies einem Vergleich von Äpfeln mit Birnen gleichkomme, so Babl.

→ HESSEN



Jörg Leinberger

Seit Februar dieses Jahres heißt das Hessische Kultusministerium nun „Hessisches Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen“ (abgekürzt HMBK). Dort empfing der neue Minister Armin Schwarz Ende April eine Delegation des dlh, dessen stellvertretende Vorsitzende das VDL-Vorstandsmitglied Kerstin Mück ist. Er sicherte zu, dass unter der schwarz-grünen Regierung das differenzierte Schulsystem erhalten bleibe und auch keine weiteren Einsparungen bei der Umsetzung der Inklusion vorgenommen würden.

Eine landesweite Aktion namens „Praktikumswochen Hessen 2024“ ermöglicht Schülerinnen und Schülern, verschiedene Berufe kennenzulernen, indem sie in den letzten drei Wochen des Schuljahres und während der hessischen Sommerferien täglich ein anderes Unternehmen besuchen können. Die Jugendlichen können selbst entscheiden, wie viele Praktikums-tage sie absolvieren möchten und in welchen Bereichen ihre Interessen liegen. Die Teilnahme steht allen Firmen sowie Schülerinnen und Schülern ab der achten Klasse offen, während in den Sommerferien auch 15-Jährige teilnehmen können. Die Anmeldung erfolgt online und die Aktion ist kostenlos. Die Unternehmen sorgen für Unfallversicherung während der Praktika, während dieser Versicherungsschutz vorher über die Schulen geregelt wird. Die Aktion wird von den Landesministerien für Wirtschaft und Bildung sowie von verschiedenen Netzwerken und Partnern organisiert und mit Geld aus dem Europäischen Sozialfonds gefördert.

Während die amtsangemessene Alimentation noch immer auf sich warten lässt, hat das Land Hessen zumindest mit der Auszahlung der Inflationsausgleichsprämie für die Beamtinnen und Beamten begonnen. In drei Margen à 1.000 Euro werden im Mai, Juli und November die Gelder ausbezahlt.



**KULTUSMINISTER
KONFERENZ**
Pädagogischer
Austauschdienst



EUROPÄISCHE UNION

«Best of Erasmus: Lernen für die Zukunft»

Fachtagung vom 30. September bis 1. Oktober 2024 in Hamburg



Bildquelle: KI

- VERANSTALTUNGSORT:** Handwerkskammer Hamburg, Holstenwall 12, 20355 Hamburg
- HOTEL:** Motel One Hamburg am Michel, Ludwig-Erhard-Allee 26
20459 Hamburg
- REGISTRIERUNG:** ab 12 Uhr Tagungsbüro geöffnet.
ab 12 Uhr Imbiss und Gelegenheit zum Kennenlernen.
- PROGRAMMBEGINN:** 14:00 Uhr

Erasmus+
Enriching lives, opening minds.



Montag, 30. September 2024	
	Moderation Ralph Erdenberger , Radiomoderator, Journalist und Autor
14:00 Uhr	Eröffnung und Verleihung der Erasmus-Auszeichnungen 2024 Christine Streichert-Clivot , Präsidentin der Kultusministerkonferenz und Ministerin für Bildung und Kultur des Saarlandes Verleihung in den Kategorien <ul style="list-style-type: none"> ▶ European Innovative Teaching Award ▶ Europäisches Sprachensiegel ▶ Erasmus+ Success Stories ▶ Deutsche eTwinning-Preise
15:30 Uhr	<i>Vernetzen und ins Gespräch kommen</i>
16:15 Uhr bis 17:45	Einblicke in die Vielfalt der Erasmus-Projekte I Vorstellung von Beispielen guter Praxis in parallelen Gruppen
ab 17:45	Aufbruch zum Motel One / Check-in im Hotel
18:45 Uhr	Aufbruch im Motel One zur Überseebrücke
19:00 Uhr	<i>Treffpunkt Überseebrücke</i> <i>Abendessen auf dem Schiff MS River Star</i>
22:00 Uhr	<i>Ende der Schifffahrt</i>
Dienstag, 1. Oktober 2024	
09:00 Uhr	Auftakt Tag 2
09:15 Uhr	Einblicke in die Vielfalt der Erasmus-Projekte II Vorstellung von Beispielen guter Praxis in parallelen Gruppen
10:30 Uhr	Parallele Angebote <i>mit individueller Kaffeepause:</i> <ol style="list-style-type: none"> 1) eTwinning (für Neulinge) «Kollaborative Projektarbeit im digitalen Austausch» Eva Müller, Nationale Agentur Erasmus+ Schulbildung und NSO eTwinning, Deutschland 2) Erasmus+ Fördermöglichkeiten (für Neulinge) «Viele Wege führen nach Europa: Fördermöglichkeiten» Sabine Lioy, Nationale Agentur Erasmus+ Schulbildung, Deutschland 3) Fragerunde(n) Klärung individueller Fragen zur Durchführung von Erasmus-Projekten mit Ansprechpersonen aus der NA 4) Vernetzung Gespräche in Kleingruppen über Ihre Themen
11:45 Uhr	Diskussionsrunde (Panel): „Die Schule der Zukunft“ mit Expertinnen und Experten zum Thema
12:45 Uhr	Reflexion / Abschluss der Tagung
13:00 Uhr	<i>Mittagessen bis 14 Uhr</i> Ende der Tagung

**Programmänderungen
möglich – aktuelle Infos
gibt's hier:**



Kontakt

Pädagogischer Austauschdienst
der Kultusministerkonferenz

Nationale Agentur
Erasmus + Schulbildung

Graurheindorfer Str. 157
D-53117 Bonn

anja.hoehn@kmk.org
katharina.fahr@kmk.org

VERANSTALTUNGEN

29. August 2024

ERFURT

BILDUNG.DIGITAL

Kongressmesse für die digitale Bildung – 5CExpo GmbH

2.–3. September 2024

HANNOVER

VDR-Forum auf der mobile.schule Tagung

mobile.schule Campus GmbH

4.–5. September 2024

HANNOVER

BarCamp: Zusammen.Denken

Bundeszentrale für politische Bildung

10. September 2024

ONLINE

Künstliche Intelligenz in der schulischen Demokratiebildung

Deutsches Schulportal #ichstehauf

16.–20. September 2024

ONLINE

Zukunftswoche #wirfürschule

Bundesministerium für Bildung und Forschung

27.–28. September 2024

ERFURT

Pädagogische Interaktion zwischen Materialität und Digitalität

Pestalozzi-Fröbel-Verband e.V. (pfv) in Kooperation mit dem
Thüringer Institut für Kindheitspädagogik (ThInKPäd) der FH Erfurt

9. Oktober 2024

ESSEN

BILDUNG.DIGITAL

Kongressmesse für digitale Bildung

29. Oktober 2024

ROSTOCK

BILDUNG.DIGITAL

Kongressmesse für digitale Bildung – 5CExpo GmbH

12. November 2024

ONLINE

Lehrkräftefortbildung: Schnelles Geld oder schnelle Pleite?!

Verbraucherzentrale e. V.

Das lesen Sie in der November-Ausgabe:

BILDUNG REAL

- VDR-Forum auf der mobile.schule Tagung
- Startchancenprogramm und Digitalpakt
- BÖB Kongress 2024
- Bildung und sozialer Zusammenhalt

BURNOUT • DEPRESSIONEN • ÄNGSTE • TRAUMA

Der richtige Ort,
um gesund zu werden!



linik wersbach

Klinik für Psychosomatik,
Psychiatrie und Psychotherapie

Schnelle Hilfe für die Seele
Stationär • Teilstationär

Unsere Kooperationspartner



Wir sind für Sie da!

Tel.: (0 21 74) 398-0
www.klinik-wersbach.de

Wersbach 20 • 42799 Leichlingen-Witzhelden • Tel.: (0 21 74) 398-0 • Fax (0 21 74) 398-398 • info@klinik-wersbach.de

linik wersbach

empfehl Ihnen



GUT LANDSCHEID

www.gut-landscheid.de

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Deutscher Realschullehrer

Mitglied im Deutschen Beamtenbund (dbb) und im Deutschen Lehrerverband (DL)

Verband der Lehrerinnen und Lehrer im Sekundarbereich

Ralf Neuschwender

Dachauer Str. 44 a · 80335 München

Tel.: +49 (89) 55 38 76

Fax: +49 (89) 55 38 19

info@vdr-bund.de

Verlag

Druckerei Humbach & Nemazal GmbH,

Ingolstädter Str. 102, 85276 Pfaffenhofen

Layout

Daniela Boudgoust, www.bizzdesign.de

Chefredakteurin

Waltraud Eder

Dachauer Str. 44 a · 80335 München

Tel.: +49 (1520) 1957242

eder@vdr-bund.de

Redaktionsteam

Bernd Bischoff, Sven Christoffer,

Dirk Meußner, Madeleine Helbig

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers oder der Schriftleitung wieder.

Zuschriften

Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke erbeten an die Schriftleitung. Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Verantwortung, für unverlangt eingehende Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt. Alle Rechte, auch auszugswesen Nachdrucks der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, bleiben vorbehalten.

Anzeigenverwaltung



A. V. I. Allgemeine Verlags- und Informationsgesellschaft mbH

Hauptstraße 68a

30916 Isernhagen

Tel.: +49 (05139) 98 56 59-0

Fax: +49 (05139) 98 56 59-9

info@avi-fachmedien.de

z. z. gültige Preisliste Nr. 13 vom 1.2.2023

Bestellungen und Adressänderungen

Druckerei Humbach & Nemazal GmbH,

Ingolstädter Str. 102, 85276 Pfaffenhofen

Bildmaterial

Soweit nicht anders gekennzeichnet, stammen die Fotos aus dem VDR-Archiv.

Erscheinungsweise

Die BILDUNG REAL erscheint 3 x jährlich.

Redaktionsschluss: 4 Wochen vor Erscheinen.

Bezugsbedingungen

Das Bezugsgeld ist für Mitglieder des VDR im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Inland: Jahresabonnement € 15,- Einzelheft € 5,50 jeweils zuzüglich Versandkosten. Alle Preise enthalten die gesetzliche MwSt.

Ausland: Jahresabonnement € 18,- zuzüglich Versandkosten und gesetzliche MwSt.

Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn bis zum 1. Dezember keine Abbestellung vorliegt.

Erfüllungsort und Gerichtsstand

Pfaffenhofen

**Redaktions- und Anzeigenschluss
für die Ausgabe Nr. 5-6/2024
ist der 7. November 2024**

VDR-FORUM auf der mobile.schule TAGUNG.

Praxisnahe Workshops für Lehrkräfte



Das **NLQ - Niedersächsisches Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung** ist Kooperationspartner der Tagung. Lehrkräfte aus Niedersachsen erhalten freien Eintritt. Lehrkräfte außerhalb von Niedersachsen **profitieren von den Sondertarifen des VDR** und erhalten dadurch exklusive Rabatte und Vorteile für Fortbildungen und berufliche Veranstaltungen.



2. - 3. September 2024
9 - 17 Uhr



HCC Hannover
Eilenriederhalle

Jetzt anmelden!
Alle Informationen und Tickets

